

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

formie der

**Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“**

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
**Vereins-Anzeigen**  
 für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A

**Inhalt:** — Zur Lage. — Das Reichsvereinsgesetz. — Königberg: Ein Wahrzeichen christlicher Gemeindegliederarbeit im Osten. — Wirtschaftliche Mundschau. — Politische Mundschau. — Mauerbewegung: Streits, Ausperrungen, Wahrregelungen, Differenzen. Verhandlungen in München und Essen. Die Ausperrung in Paris. Demonstrationstreit in Rom. Aus Schweden. Bekanntmachung des Verbandsvorlats. Bekanntmachungen der Gewandstände. Jahresberichte der Gewandstände: Gau Köln a. Rh. Berichte. — Centralrausrichtungs. — Vom Gau. Unfälle, Arbeiterklaus, Submissionsen zc. — Aus anderen Bezirken. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zur Lage.

Hamburg, den 5. April.

Das in der vorigen Nummer entworfen Bild von der gegenwärtigen Lage unserer Bewegung bedarf heute einiger ergänzender Striche. Wichtig ist zunächst, welche Aufnahme die Vereinbarung über das Tarifmuster gefunden hat. Auf Arbeiterseite ist man sich im großen und ganzen darüber einig, daß diese Verständigung über das Vertragsgerippe nun auch eine Verständigung über das Ganze möglich macht, daß aber andererseits noch gar viele Klippen vorhanden sind, die das ganze Geschick unserer Verhandlungslosten erfordern, wenn überhaupt die Ladung, nämlich die Verträge, in den Hafen gebracht werden soll. Daß diese Auflöfung völlig berechtigt ist, beweist der Gang der Vertragsverhandlungen in München, über die wir noch berichten werden, falls der Bericht noch früh genug eintrifft.

Im Unternehmerrager hat das Ergebnis der Berliner Verhandlungen sehr voneinander abweichende Aufseurungen hervorgerufen. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes erließ gleich nach den Verhandlungen folgendes Rundschreiben an seine Zweigverbände:

Zur Verfolg unseres Schreibens vom 19. März d. J. den Stand der Frage bezüglich des Abschlusses neuer Tarifverträge u. v. w. betreffend, beehren wir uns ergebenst mitzutheilen, daß die am 25. und 26. März im hiesigen Gewerbegericht stattfindende zivile öffentliche Aussprache zwischen den Zentralvorständen der beteiligten Organisationen über das beiderseitige Entgegenkommen zur Einigung über das Vertragsmuster geführt hat.

Hieraus ergibt sich, daß eine allgemeine Ausspruchung zum 1. April unter seinen Umständen stattfindet. Es ist vereinbart worden, daß in allen Orten, in denen über den Abschluß neuer Tarifverträge, gleichgültig, ob mit oder ohne Erfolg verhandelt worden ist, die Verhandlung auf der Basis des jetzt vereinbarten Vertragsmusters schleunigst von neuem wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen über die neuen Verträge sind bis zum 18. April dieses Jahres zum Abschluß zu bringen und bis zum 22. April den Zentralvorständen zur Genehmigung einzureichen. Auch diejenigen Verträge, über welche eine Einigung nicht erzielt werden kann, sind bis zum 22. nächsten Monats einzureichen, damit die bestehenden Differenzen durch die beteiligten Zentralvorstände unter Einziehung der örtlichen Organisationen rechtzeitig behoben werden können.

Gleichzeitig mit den jetzt ablaufenden Verträgen soll auch für die über den 1. April d. J. hinausgehenden Verträge, soweit sie bereits gekündigt oder zum Zwecke der Erneuerung vorgelegt sind, eine Einigung bis zum 1. Mai herbeigeführt werden.

Für den Abschluß der sonstigen nach dem 1. April ablaufenden Verträge soll das neue Vertragsmuster gleichfalls als Grundlage dienen, jedoch ist für diese ein Endtermin noch nicht vereinbart worden.

Nachdem es also zur grundsätzlichen Vereinbarung über das Vertragsmuster gekommen ist, scheiden bei den aufzunehmenden schriftlichen Verhandlungen von vornherein viele frivole Punkte aus; denn alle im Vertragsmuster enthaltenen Forderungen und Bestimmungen sind für die Vertragsgliedernden unabänderlich; auch hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit können Differenzen nicht entstehen, weil die Zentralvorstände der Gewerkschaften sich mit unsrer über diese Frage abgegebenen Erklärung einverstanden erklärt haben. Es können bei den Verhandlungen über die neuen Verträge mithin nur Fragen solcher Art in Betracht kommen, und im Hinblick hierauf bitten wir die verehrlichen Vorstände im Interesse der

Allgemeinheit bringend; das Zustandekommen der Verträge, soweit es an ihnen liegt, mit allen Kräften zu fördern und nicht durch Versteifung auf kleinliche untergeordnete Forderungen totaler Natur in Frage zu stellen. Wir dürfen durchaus überzeugt sein, daß es die ehrliche Absicht der gesellschaftlichen Zentralvorstände ist, in der gleichen Richtung ihr möglichstes zu tun, um überall bei den lokalen Verhandlungen eine Einigung zu erzielen.

Zu dem Vertragsmuster bemerken wir noch, daß die demselben angefügten protokollarischen Erklärungen als integrierender Teil des Musters angesehen sind und dazu dienen sollen, etwaige Zweifel über die Auslegung einzelner Vertragsbestimmungen zu beseitigen. Sie haben dieselbe Rechtswirkung, wie die Bestimmungen des Vertragsmusters selbst.

Da nun die Erfüllung von weiteren Direktiven zur Sache, wie sie ursprünglich durch eine Vorstandssitzung in Aussicht genommen war, nach unserer hier vorausgegangenen Ausführung und nach den dem Vertragsmuster beigegebenen protokolllarischen Erklärungen nicht mehr notwendig ist, sehen wir auch davon ab, den Vorstand zur Zeit einzuberufen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes

für das Baugewerbe.  
Bernh. Kelsch. R. Bahl. Otto Ente.

Und gleichzeitig übergab er der Presse folgendes Communiqué:

**Friede im deutschen Gewerbe.** Nach zweitägigen schwierigen Verhandlungen in Berlin zwischen den beteiligten Organisationen wurde am Mittwoch eine Einigung über das vielbesprochene Tarifvertragsmuster erzielt. Unter der Leitung des Herrn Magistratsrats Dr. Schulz, Vorsitzenden des Berliner Gewerbevereins, und unter Einzugsziehung des Herrn Gerichtsrats Dr. Brenner-Münch und Beigeordneten Dr. Wiebholdt-Essen als Mittelspersonen traten die beteiligten Zentralkörperschaften am 25. März zu einer glanzvollen Aussprache im Berliner Gewerbegericht zusammen, die, wie bereits bemerkt, durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Feststellung und Annahme eines einheitlichen Modells für den Abschluß der Tarifverträge führte. Die in den letzten Tagen an verschiedenen Orten unterbrochenen Vertragsverhandlungen sollten unter Zugrundelegung des vereinbarten Modells sofort wieder aufgenommen und abgeschlossen werden. Die neuen Verträge sollen den Zentralkörperschaften bis Ostern vorgelegt und bis zum 1. Mai genehmigt werden. Es ist bestimmte Aussicht vorhanden, daß dem Zustandekommen der Verträge auf der neuen Basis nennenswerte Schwierigkeiten nicht entgegenstehen werden, so daß die Gefahr einer umfangreichen Ausbreitung als beseitigt angesehen werden kann. Auch darüber ist eine Einigung erzielt worden, daß das Vertragsmuster auch bei den später zu erneuernden Tarifabschlüssen zu grunde gelegt werden soll.

Diese letztere Kundgebung hat zwar eine allzu zuversichtliche Spitzmarke, sonst darf man aber sagen, daß die Haltung des Bundesvorstandes der Situation wohl angemessen war. Weniger angemessen war dagegen die Haltung eines Unternehmerblattes, nämlich der „Arbeitsbeziehung f. d. Baugewerbe“ (Geestemünde), die in ihrer Nummer 13 dem Bundesvorstande die Leuten ließ, weil er nach ihrer Meinung einen „Rückzug“ angetreten habe. Sie vermutet die „Istnahme Kunden“ von den Resultaten der Berliner Verhandlungen und erklärt: sie dankt damit, daß „ein Minister gewinnt“ habe. Was darauf zu erwidern war, hat das „Zentralblatt f. d. d. Baugewerbe“ gesagt:

„Dass die Vereinbarung einen Meilenstein für das deutsche Vanguernde bildet, kann keinem Zweifel unterliegen. Es ist kleinlich, in diesem Augenblicke abzuwägen, welche Partei „gezielt“, vor mehr nachgegeben habe. Ohne ein Entgegenkommen beider Theile ist mir eine Einigung möglich. Dass eine Einigung überhaupt erfolgt ist, ist der große Gewinn für beide Theile. Das Verdict für den Abschluss fällt den Führern beider Parteien zu und ebenso den unparteiischen Mittelpersonen.“

Wenn sich wider alles Erwarten Stimmen finden konnten, die an dem Resultat herumkafeln, so ist das bestdauerlich. Aber man kann über diese Aeußerungen zur Tagesordnung übergehen; wer so spricht, der beweist nur, daß er den Dingen völlig fern steht, und er macht mit seiner Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nur sich selbst lächerlich. Allerdings hat diese Seite neben der intellektuellen auch noch eine moralische Seite. Wer es fertig bringt,

in diesem Augenblicke, wo strengste Konzentration nötig ist, auch nur im geringsten zu versuchen, die Einheitslichkeit angzugreifen, der beklört das Recht, weiter mitzuraten . . ."

Diese Stäupung hat das Geesiemünder Organ schnell auf die andere Seite geschleudert. In seiner Nr. 15 stellt es sich so, als hätte es nie von einem Rückgang der Unternehmer gesprochen. Es zieht gegen einen Artikel des „Vorwärts“ zu Felde, worin das Münchgreiben des Bundes als eine „Glamade“ (= Friebensruf, im Gegenfag zur Fanfare = Kriege-ruf) bezeichnet wird und meint dazu, „daß die Gewerkschaftsteilung ihre Anhänger über die eigene Niederlage hinwegtäuschen will, indem sie bei dem Arbeitgeberbunde eine solche anbidtet“. Ein solches Blatt: kann doch unmöglich noch ernst genommen werden. Weiter bezeichnet es in seinem Leitartikel auf Grund „seiner tieferen Einsicht in die einschlägigen Verhältnisse“ eine Einigung in der Lohnfrage „als direkt unmöglich“, in seinem Handelsteil meint es dagegen, es sei „eifrige Hoffnung vorhanden, daß es im Baugewerbe nicht zu Kämpfen, sondern zu einem frieblichen Ausgief kommt“. Was ist denn nun eigentlich die Meinung des Blattes? — Wir sind schon immer her. Aufsicht gewesen, daß nie etwas Gutes dabei herauskommt, „wenn Leute in eine Bewegung einigreifen, die keine Verantwortung süßen.

Auch uns erscheint der Streik darüber, wer denn nun in Sachen des Tarifmusters gestiegt habe, zur Zeit recht überflüssig zu sein. Der Bundesvorstand hatte sich von der Unmöglichkeit überzeugt, mit dem Muster-tarif Verträge mit uns zu bekommen; er wußte, daß es sich hier um eine gewerkschaftliche Prinzipienfrage handelte, und er wußte auch, daß sein Vorgehen nicht nur in Arbeiterkreisen Widerspruch und Unwillen erregen mußte, und darum ließ er etwas fallen, was durchzuführen ihm selbst unter großen Opfern nicht möglich gewesen wäre.

Als ganz rabiate Scharfmacher spielten sich die Vielefelder Unternehmer auf. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichten konnte, haben diese eine geharnischte Erklärung gegen den Bundesvorstand gerichtet, worin ihm schwere Vorwürfe gemacht werden. Die braven Vielefelder hatten sich schon so mächtig auf einen frisch-fröhlichen Huzarenritt gegen die Gewerkschaften gefreut, und nun hat ihnen der eigene Bundesvorstand diese Freude verfallen. Es ist wirklich tragisch. Indessen soll noch versucht werden, zu retten, was möglich ist. Die Antisocialen werden aufgefordert, sich dem Protest anzuschließen und auf eine außerordentliche Generalversammlung zu drängen. Mit der einfachen Erwähnung dürften die Vielefelder wohl erlegt sein.

In der „Sozialen Praxis“ würdigt Herr Professor Dr. Frauke die Berliner Verhandlungen und ihr Ergebnis in einem langen Aufsatz, von dem wir folgendes zitieren:

„Die Einigung im Baugewerbe ist ein Sieg des Verschönerungs- und Einigungsprinzips, wie er größer und schöner kaum gedacht werden kann. Einsticht und Abhängigkeit der Arbeitgeber und der Arbeiter haben ihn unter timbiger Führung der neutralen Sachverständigen, denen beide Parteien volles Vertrauen geschenkt haben, errungen. Daß wir an unserem beiderseitigen Teile zu dem guten Ergebnis beitragen durften, erfüllt uns mit großer Befriedigung. Aber das Ziel wäre niemals erreicht worden, wenn nicht auf beiden Seiten starke, leistungsfähige, wohl disziplinierte und verständig geleitete Organisationen vorhanden gewesen wären. Den Führern dieser Zentralverbände gebührt für ihre verständliche Haltung daher in erster Linie der öffentliche Dank. Indem sie ihre eigenen Interessen wählten, haben sie sich um das Gemeinwohl verdient gemacht.“

Wir haben besonders die Worte von den starken und leistungsfähigen Organisationen unterstrichen; denn sie sind es, worauf es ankommt. Ohne sie gibt es

kein Verhandeln und keine Erfolge des Verhandlungsprinzips, und mit dieser Einschränkung, die Prof. Brande ja selbst vornimmt, kann man seine Worte schon gelten lassen. Nur möchten wir sagen: die schwerste Probe wird das Einigungsprinzip erst noch abzulegen haben bei den jetzigen Verhandlungen über die Lohnhöhe und die anderen örtlich zu regelnden Vertragspunkte. Wir zweifeln gewiß nicht an den guten Willen zum Frieden bei den leitenden Männern des Arbeitgeberbundes, aber wir sind uns auch darüber klar, daß dieser gute Wille an vielen Stellen auf der Unternehmerseite fehlt, vollständig fehlt. Sonst könnten wir uns nicht erklären, was die Unternehmer in verschiedenen Orten zu den Lohnkürzungen veranlaßt. Der Arbeitgeberbund hat erklärt, daß er nicht die Absicht habe, die Löhne zu kürzen, außerdem ist für die Verhandlungskampagne eine Art Gottesfriede vereinbart worden, was sollen also die Lohnkürzungen, die in München sogar vorgenommen wurden, während die beiderseitigen Vertreter über das Maß der Lohnherabsetzung verhandelten, weiter sein als frivole Herausforderungen? So sehr wir die moralische Verpflichtung fühlen und ihr nachzukommen trachten, während der Verhandlungen Arbeitseinstellungen zu verhindern, so wenig sind wir im Stande, unseren betroffenen Kollegen zuzumuten, sich diese Lohnabzüge stillschweigend gefallen zu lassen. Es handelt sich übrigens dabei nicht nur um München, es kommen noch andere Orte, und gar nicht wenig, in Betracht; der Arbeitgeberbund mag dies darum als eine Mahnung auffassen, seine aus der Reihe tanzenden Mitglieder eindringlich zur Ordnung zu rufen.

Doch auch, unseren Kollegen tut eine Mahnung zur Besonnenheit und Disziplin not. Es scheint ja leider eine Zeitfrankheit zu sein, um so ungebärdiger aufzutreten, je schwieriger die Verhältnisse sind. Die Erfahrung haben wir nicht erst in diesem Jahre gemacht. Demgegenüber möchten wir die Kollegen auf die Verantwortung hinweisen, die in diesen Tagen jeder von uns trägt. Wer diese Verantwortung nicht kennt oder nicht fühlt, der mag zurücktreten aus den vorderen Reihen; denn sein Rat und seine Tat können der Allgemeinheit jetzt nicht frommen. Und die Sache der Allgemeinheit ist es, die jetzt verhandelt wird, nicht nur die Sache der Kollegen in A. oder in B. Durch die Unbesonnenheiten wird nur der ergaste Austrag des Konflikts erschwert, werden neue und oft schwer zu lösende Streitfragen geschaffen. Die Kollegen mögen versichert sein: ihre Interessen liegen in geschickten und erprobten Händen. Die Führer, die unsere Sache in den Verhandlungen vertreten, werden wachen, daß uns nichts vorentfallen wird, was nach der Verteilung der Machtverhältnisse für uns zu erreichen ist. Die Verteilung der Machtverhältnisse muß aber für uns ungünstiger werden, wenn wir statt einer fest zur Fahne gehaltenen Kollegenschaft eine haltlose Masse in Rechnung stellen müssen, die sich von jedem beeinflussen läßt, der sich mit vielen Worten und wenig Einsicht billigen Vorbeeren verschaffen möchte. Man rede nicht von „Steilung des Rückgrats“; das ist durch billiges Nasonnieren nicht zu bewirken; wenn unsere Führer das nötig haben, so ist ihnen am besten gebietet, wenn die Kollegen eine ruhige und feste Haltung bewahren, aufmerksam und verständnisvoll den Lauf der Dinge verfolgen und sich somit immer zu den wichtigsten Entscheidungen fähig machen, bereit zum nährstamen Frieden wie zum etwa notwendigen Kampfe.

## Das Reichsvereinsgesetz.

Am 31. März wurde der Bericht der Kommission zur Vorberatung eines Vereinsgesetzes, den Reichstagsmitgliedern zugestellt. Bereits zwei Tage später, am 2. April, gelangte der Entwurf mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen zur zweiten Beratung im Plenum. Die Blochparteien machten kein Geßl daraus, daß sie die Absicht haben, ihn noch vor dem Beginn der Osterferien vollständig und definitiv zu erledigen, d. h. ihn nach allen Regeln der parlamentarischen Kunst durchzupeitschen.

Die Beschlüsse der Kommission sind das Resultat eines zwischen der konservativen und nationalliberalen Blochbrüderlichkeit und den „Freisinnigen“ abgeschlossenen Kompromisses. In der ersten Beratung des Entwurfs im Plenum hatten die „Freisinnigen“ in Ueber-einstimmung mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum entschieden den Standpunkt eingenommen, daß das Gesetz mit dem Sprachenzwangparagrafen unannehmbar sei. Sie hatten erklärt, daß ein „wirklich freibeitliches“ Vereinsgesetz zu stande kommen müsse, wie es das „Grundgesetz der Blochpolitik“ entspreche und daß sie hauptsächlich nur um diesen Preis dem Bloch beigetreten seien. Auch noch in der ersten Beratung in der Kommission vertraten sie diesen Stand-

punkt. Mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum lehnten sie den Sprachenzwangparagrafen ab.

Zwischen der ersten und zweiten Kommissionsberatung aber ließen die Freisinnigen sich zu einem schändlichen Verrat bestimmen, der in den Kompromißbeschlüssen offenbar wird. Der Sprachenzwangparagraf erfuhr mit ihrer Hilfe eine andere Fassung, deren hauptsächlichster Inhalt wir bereits in Nr. 13 unseres Blattes mitgeteilt haben. Nachstehend geben wir ihren genauen Wortlaut:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“

Diese Vorschrift findet auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Verleite der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Bundesstaaten, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alteingesessene Bevölkerungsteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsteile nach dem Ergebnisse der jeweiligen letzten Volkszählung je fünfzig vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal vierundzwanzig Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet, hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine sogleichige Bescheidigung zu erteilen. Als Landesteile gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden.

Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

Der dritte Absatz dieses neuen Fassung wendet die Schärfe des Sprachenzwanges von der alteingesessenen Bevölkerung der polnischen Landesteile ab. Wo die Bevölkerung nichtdeutscher Muttersprache 60 pzt. übersteigt, kann sie in öffentlichen Versammlungen dieser Sprache sich bedienen. Die volle Schärfe des Sprachenzwanges richtet sich sonach gegen die fremdsprachliche und zugleich auch gegen die deutsche Arbeiterkassette derjenigen Landesteile, in denen die fremdsprachlichen Elemente 60 pzt. der Gesamtbevölkerung nicht erreichen, so insbesondere Rheinland-Westfalen, Elsaß-Lothringen usw. Es soll verhindert werden, daß diese Elemente sich den gewerkschaftlichen Organisationen und Bestrebungen der eingetragenen deutschen Arbeiter anschließen. Darüber haben wir uns schon früher öfter geäußert.

Aber dabei hat der verräterische „Freisinn“ es nicht bewenden lassen. Im Bunde mit Konservativen und Nationalliberalen hat er noch reaktionärer sich erwießen, als die Regierung. Diese hatte in ihrem Entwurf darauf verzichtet, die Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen zu beschränken. Das wollen die Konservativen nicht gelten lassen. Sie erreichten, daß die Nationalliberalen und Freisinnigen der Einfügung eines § 10a in den Entwurf zustimmten, welcher besagt:

„Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gesetzlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

Selbst in Preußen gab es bisher ein solches generelles Verbot nicht; nur Schülern und Lehrlingen ist hier die Teilnahme an politischen Vereinen, nicht aber auch an politischen Versammlungen verboten.

Sprachenzwangparagraf und Ausschluß der Jugendlichen bis zu 18 Jahren, das sind die „großen“ Leistungen, zu denen der „Freisinn“ die Hand bietet. Sie charakterisieren drastisch den „liberalen Geist“, der nach seiner Verheißung das Reichsvereinsgesetz durchbringen sollte.

In dem Kommissionsbericht werden die Kompromißbeschlüsse damit begründet, „daß man durch das Kompromiß dem Blochgedanken Rechnung tragen, dem Bloch die Treue bewahren wolle“. Also der elenden Blochpolitik zu Liebe, um parteipolitische Geschäfte willen hat der Parlamentsfreisinn in der Kommission die Prinzipien des Liberalismus verraten und am Volkrecht gescheitert. Und er ist jetzt entschlossen, diesen Verrat und diesen Frevel im Plenum des Reichstages bei der zweiten und dritten Beratung zu befestigen.

Die Sozialdemokraten haben von vornherein bei Beginn der zweiten Beratung sich leiten lassen von dem Bestreben, alles, was nur möglich ist, zu tun, die beabsichtigte Durchföhrung des Entwurfs zu verhindern. Sie haben die nach Gerechtigkeit und Billigkeit nötigen Abänderungsanträge gestellt. Es kommt es vornehmlich mit darauf an, den Begriff

„politische Angelegenheiten“ festzustellen. Deshalb soll nach einem dieser Anträge in den § 2 folgende Bestimmung aufgenommen werden:

„Als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes sind nicht anzusehen die Zwecke, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Teilnehmer oder weitere Kreise herbeizuföhren, oder die geistige oder körperliche Ausbildung der Teilnehmer oder weiterer Kreise zu fördern, sowie religiöse Zwecke, auch wenn diese Zwecke durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verfolgt werden.“

Weiter beantragen die Sozialdemokraten natürlich die Ablehnung resp. Streichung des Sprachenzwangparagrafen sowie die Streichung aller anderen reaktionären Bestimmungen. Auch die Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter gegenüber dem Terrorismus des Unternehmertums bezweckt einer ihrer Anträge. In § 15 Absatz 3 des Entwurfs soll eingefügt werden:

„Alle Bestimmungen, welche die Verabredung und Vereinhaltung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterlagen oder unter Strafe stellen.“

Ueber Verlauf und Resultat der Beratungen berichten wir, soweit möglich, an anderer Stelle.

## Königsberg.

### Ein Wahrzeichen christlicher Gewerkschaftsarbeit im Osten.

Im allgemeinen ist es nicht unsere Gewohnheit, uns mit der christlichen Gewerkschaftsarbeit in einen Wettkampf im Aufzählen von Terrorismusgeschichten einzulassen. Unsere Auffassung vom Wesen des Terrors läßt uns solche Dinge recht kühl ansehen. Wir haben darum manche Einsendung dieser Art gleichmütig zu den übrigen gelegt und uns auch nicht durch den hier und da erhobenen Widerspruch unserer Kollegen darin beirren lassen. Wir sagten uns und sagen uns heute noch: soll der Terror zwischen uns und den Christlichen überwinden werden, so müssen sich beide Teile in jahrelanger gemeinsamer Gewerkschaftsarbeit aneinander gewöhnen. Der gegenseitige Haß, die Unversöhnlichkeit muß verschwinden und es muß auf ein Verhältnis hingearbeitet werden, wo sich beide Organisationen — unter völliger Wahrung der grundsätzlichen Verschiedenheiten und ohne Erschlaffung in der Werarbeit — den Unternehmern gegenüber als eine durch die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen solidarisch verbunden, fühlen. Auf diesem Boden der gemeinsamen Arbeit erst kann sich dann ein Zustand formen, der die Vergewaltigung, anders organisierter Arbeitskollegen mehr und mehr unmöglich macht. Das mag nicht sehr schnell, nicht in einigen Jahren geschehen können, aber es wird eintreten, wenn man sich von beiden Seiten Mühe gibt, diese Entwicklung zu fördern. Es wäre vielmehr wunderbar, wenn es anders käme. Die gewerkschaftliche Arbeit hebt nicht allein die materielle Lage unserer Klasse, sie vereint und veredelt auch unser sittliches Denken und Wollen. Die im Terrorismus wirkende Rücksichtslosigkeit ist das Erzeugnis der Lage, in der sich die Arbeiterklasse befindet. So wie diese durch unser ganzes Klaffenstreben verbessert, gehoben wird, so müssen sich auch ihre Begleiterscheinungen ändern.

Es fessele diese Entwicklung hindern, wollte man nun fortwährend durch Aufzählung aller gegnerischen Sünden die Erregung wachhalten oder gar steigern. Darum verzichten wir gern auf die billige Vergnügung, den „Grundstein“ mit Terrorismusgeschichten zu füllen. Das kann uns natürlich nicht veranlassen, zu Schandtatzen zu schweigen, und darum müssen wir eine Gerichtsverhandlung aus Königsberg i. Pr. ganz gehörig unter die Lupe nehmen. Dort hat christlicher Terrorismus vier unserer Kollegen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt:

Die Kollegen Bohlke und Boddzus erhielten je zwei Wochen, der Kollege Krieske zwei Monate und der Kollege Bloßki ein Jahr Gefängnis.

Zu diesen Strafen sind die Kollegen verurteilt worden wegen schwerer Urkundenfälschung, der Kollege Krieske wegen Weisshülse. Um den diesem Prozeß zu grunde liegenden Tatbestand ganz klar herauszuföhlen, müßte man weit ausholen. Doch seien wir so kurz wie möglich.

In Königsberg streikten die Kollegen im Sommer 1904. Es fanden sich aus den Streikenden selbst gegen 100 Arbeiter, und diese bildeten zusammen mit dem hingeschleppten Menschenmaterial aus den üblichen Streikbrechern einen Verein, mit dem der Arbeitgeberbund einen Vertrag abschloß. Dieser Streikbrecherverein wurde nachher eine Zählstelle des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhülsearbeiter. Von den Unternehmern wurden die Arbeiter gezwungen, dieser Verbindung beizutreten; wer das nicht tat, wurde aus den Bauten der Mitglieder des Arbeitgeberbundes nicht beschäftigt. Es versteht sich, daß die Unternehmer das nicht stets durchführen konnten, aber seitdem sie Gaultigkeit schlechter geworden ist, wird es mit eiserner Konsequenz so gehandhabt. Nicht allein die Unternehmer, sondern auch — und noch mehr — die Bei-



tung des gelben Vereins wachte eifrigst darüber, daß kein Zentralverbändler auf die Bauten des Arbeitgebersbundes kam. Durch diese Maßregel trieben Unternehmer und Gelbe bald viele bis dahin treue Mitglieder des Zentralverbandes dem christlichen Verein zu. Man ließ den Maurern nur die Wahl: entweder arbeitslos sein, und damit Weib und Kind hungern und im Elend verkommen lassen, oder Eintritt in den Streikbrecherverein. Die weniger Widerstandsfähigen entschieden sich für das letztere, wohl in der festen Hoffnung, bald wieder der verabschiedeten Gesellschaft den Rücken kehren zu können. Zur besseren Kontrolle richtete schließlich der christlich-gelbe Verein einen Arbeitsnachweis ein, und vereinbarte mit den Unternehmern, daß nur noch Leute eingestellt werden durften, die von dem Bureau des Vereins geschickt wurden. Nun war das Schredensregiment völlig durchgeführt. Kein Zentralverbändler wurde mehr eingestellt und die Arbeitslosigkeit unter ihnen wurde immer ärger. Da kamen einige Kollegen auf den Gedanken, die alten christlichen Mitgliedsbücher, die von Uebergetretenen abgegeben worden waren, so umzuändern, daß sie für sich als Ausweis auf dem christlich-gelben Bureau verwenden konnten, um so den Anweisungsschein auf Arbeit zu erhalten. Mit diesem Arbeitsnachweis wandten sie sich an den Kollegen Ploßki, der dem Königsberger Zweigvereinsvorsitzenden angehört. Die Umänderung von Büchern ist dann auch in einigen Fällen vorgenommen worden, nachgeheimlich gemacht bei den Maurern Podgus und Pohle. Das ist die Tat, in der die Strafkammer in Königsberg schwere Urkundenfälschung erkannte, die sie dann mit den oben angegebenen barbarischen Strafen ahndete. Kollege Kriese soll sich dadurch der Beihilfe schuldig gemacht haben, daß er einen Maurer, der ihm seine Arbeitslosigkeit klagte, an Ploßki verwies. Ploßki hielt übrigens seit Mitte Januar in Untersuchungshaft. Wie die Angelegenheit zur Kenntnis der Behörden gelangt ist, können wir nicht angeben, sicher aber wohl durch Anzeige der christlich-gelben Leitung oder des Arbeitgeberbundes. Zur Beurteilung der Rolle, die diese beiden Geheile in der ganzen Geschichte spielen, ist es auch sehr gleichgültig, wer die Polizei benachrichtigt hat.

Am 31. März fand nun die Verhandlung vor der als „Schubertkammer“ in weiten Kreisen bekannten Strafkammer des Landgerichts zu Königsberg statt. Aus der Weisaufnahme teilen wir nach dem Bericht der „Königsberger Volkszeitung“ folgendes mit:

Angeklagter Ploßki erklärte, daß im Bureau des christlichen Maurerverbandes früher jedem Organisierten Arbeit, soweit solche vorhanden, besorgt wurde, in letzter Zeit aber nur noch den „Christlichen“. Um nun die Andersorganisierten in Arbeit zu bringen, wurde vom Zentralverband die Erreichung einer Tarifvereinbarung mit dem Arbeitgeberverband versucht. Diese Verhandlungen wurden durch den Verrat der Christlichen gestört. Schließlich stellten dann die Unternehmer nur noch Leute ein, die durch das Bureau des christlichen Verbandes ihnen zugeführt wurden. Infolge des ewigen Verdrängens der Zentralverbändler durch die Christlichen, wurden die meisten Zentralverbändler arbeitslos und konnten ihre Familien nicht ernähren. Darauf haben sich dann eine Reihe Maurer durch Bücher des christlichen Verbandes Arbeit zu verschaffen gesucht. Schließlich seien dann Arbeiter an ihn (Ploßki) herangekommen und haben ihn ersucht, doch Bücher des christlichen Verbandes so umzuändern, daß man sie für sich verwenden könnte. Die Bücher hätten im Bureau gelegen, und das notwendige Stempelmaterial dazu haben ihm die Kollegen besorgt. Da die Leute meist sehr lange arbeitslos waren und er selbst den Jammer der Arbeitslosigkeit genau kenne, habe er sich schließlich dazu bereit erklärt, um so mehr, als die Leute mit Tränen in den Augen zu ihm gekommen sind. Durch frühere Beispiele sei er auch in die Meinung versetzt worden, daß auf die Umänderung im Höchstenfalls eine Geldstrafe stehe.

Vorsitzender: Sie wollen also die Handlung nur aus Mitleid für die arbeitslosen Kollegen begangen haben? Angeklagter Ploßki: Ja! Ich wußte schließlich selbst nicht mehr, was wir Zentralverbändler anders tun sollten, um nicht immerfort arbeitslos zu bleiben.

Der Angeklagte Podgus befandete, daß ihn Kriese zu Ploßki geschickt habe, der dann das Buch geändert hätte. Er hätte aber doch keine Arbeit bekommen, denn die Umänderung sei auf dem christlichen Bureau bemerkt worden. Im Bureau des Zentralverbandes seien keine Bücher geändert worden.

Angeklagter Pohle erklärte, er sei seit 1890 Mitglied des Zentralverbandes und da er im Winter 22 Wochen arbeitslos war, habe er sich von Ploßki ein Buch des christlichen Verbandes ändern lassen. Er habe darauf auch Arbeit bekommen.

Vorsitzender: Wußten Sie denn, daß das Buch nicht echt war?

Angeklagter Pohle: Ja! Aber ich war doch froh, nun endlich einmal Arbeit zu bekommen und hielt es nicht für so schlimm.

Angeklagter Kriese sagte aus, es sei ihm bekannt gewesen, daß sich einzelne Kollegen mit Büchern des christlichen Verbandes aushalfen, um Arbeit zu bekommen. Den Podgus habe er nur zu Ploßki geschickt, damit er nachsehe, ob er sein eigenes Buch als früheres Mitglied vom christlichen Verbande bei Ploßki finden könne. Als er später erfahren habe, daß Fälschungen vorgenommen worden waren, habe er Ploßki davor gewarnt, da P. Mitglied des Vorstandes war und er den Vorstand in die Mischgeschäften nicht hineinziehen lassen wollte.

Darauf wurden die Zeugen gehört. Zunächst kam Herr Kallmar, der Sozialbeamte des christlich-gelben Vereins, an die Reihe. Die Verteidiger wollten von ihm wissen, wie es denn komme, daß nur Christliche eingestellt werden, wo doch im Vertrage steht, daß die Christlichen mit jedem Andersorganisierten zusammenarbeiten müßten. Nach einigen vergeblichen Flichtversuchen erklärte Kallmar, daß der Arbeitgeberbund es so gewollt habe. Im Vertrage steht die betreffende Stelle also nur als Schlußatz. Man könnte danach annehmen, daß sich die Christlichen nur gezwungenerweise auf diesem Territorium hergeben. Damit stimmt aber nicht überein, was der Kallmar weiter unter dem Druck des Meineidsparagrafen bekennen mußte. Der Verteidiger Aschanah fragte ihn nämlich, ob er den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Zentralverband und dem Arbeitgeberbund durch ein Schreiben verbindlich habe.

Darauf gab Kallmar nach längerem Zögern schließlich zu, daß er dem Obermeister Lauffer einen Brief geschrieben habe des Inhalts, daß die Christlichen ihren Vertrag kündigen würden, wenn die Arbeitgeber mit dem Zentralverband einen Tarifvertrag abschließen würden.

Junge Lauffer, Obermeister der Bauergewerksinnung, gab zu, daß ein mündliches Abkommen bestünde, wonach nur „Christliche“ auf Bauten eingestellt werden, und dies würde genau kontrolliert, damit auch die Christlichen den Tarifvertrag nicht brechen könnten. Die Arbeitgeber müßten auch darauf achten, ob die Beiträge bezahlt seien, da nach der dritten Woche Rückstand die Mitgliedschaft bei den Christlichen aufhöre und die Leute dann ja laut Vertrag nicht mehr eingestellt werden dürften.

Eine weitere Reihe von Zeugen sollte darüber aussagen, wie die falschen Stempel beschafft worden sind. Ein Kaufmann befandete, daß sie bei ihm bestellt wurden; er habe sie geliefert, aber er könne von den Angeklagten nicht sagen, daß es einer von ihnen gewesen sei. Wie eng der Zusammenhang zwischen dem christlich-gelben Verein und dem Arbeitgeberbund ist, ging aus der Aussage einer Konfistin hervor, die nicht mit Bestimmtheit sagen konnte, ob sie im Bureau des christlichen Verbandes oder im Bureau des Arbeitgeberbundes angestellt ist. Schließlich erklärte sie die Sache so, daß sie wirklich Herrn Lauffer dient. Weitere Zeugen, nämlich Maurer, befandeten, wie sie durch die Arbeitslosigkeit in den christlichen Verband hineingepreßt worden sind. Sobald sie auf nicht unter Lauffers Diktatur stehenden Bauten Arbeit erhielten, traten sie wieder in den Zentralverband zurück. Ein Zeuge schilderte, wie er sich trotz guter Arbeitslosigkeit in der Provinz herumtreiben mußte, um für die Familie Brot zu schaffen. So sei es vielen Familienvätern ergangen. Trotzdem habe Lauffer in jener Zeit noch einige Hundert Italiener nach Königsberg geholt.

Bei dieser Sachlage konnte der Staatsanwalt Paeßler (man merke sich den Namen, der Mann wird es in Preußen noch zu etwas bringen) folgende Strafen beantragen: Gegen Podgus und Pohle je vier Wochen Gefängnis, gegen Kriese sechs Monate Gefängnis und gegen Ploßki einhalb Jahr Zuchthaus.

Die Verteidigung, die in den Händen der Anwälte Aschanah, Caspari und Casse lag, bestritt die schwere Urkundenfälschung. Es könne hier nur der § 383 Abs. 1 in Betracht kommen, der vorschreibt:

„Wer, um Beförderung oder Privatpersonen zum Zweck seines besseren Fortkommens oder des besseren Fortkommens eines anderen zu täuschen, Pässe, Militärabschiede, Wanderbücher oder sonstige Legitimationspapiere, Dienst- oder Arbeitsbücher oder sonstige auf Grund besonderer Vorschriften auszufüllende Zeugnisse, sowie Führungs- und Fähigkeitszeugnisse falsch anfertigt oder verfälscht oder wesentlich von einer solchen falschen oder verfälschten Urkunde Gebrauch macht, wird mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.“

Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich ein Gericht auf einen anderen Standpunkt stellen könnte. Und doch ist es geschehen, die „Schubertkammer“ billigte den Angeklagten zwar mildernde Umstände zu, fällt aber doch das oben bereits mitgeteilte Urteil. Selbstverständlich wird die Revision beantragt werden. Xanturg ist nur, daß das Gericht die Haftentlassung des Kollegen Ploßki ablehnte, obwohl 1000 Rantlon angeboten waren.

Dahin hat es nun die christliche Gewerkschaftsstadt in Königsberg gebracht. Der christliche Verband mag stolz sein auf seine dort errungenen Erfolge, er mag jubilieren und mag Moralpredigten halten über „sozialdemokratische Urkundenfälscher“. Wir gönnen ihm das und sagen nichts weiter dazu. Aber wir halten den Fall fest und richten ihn auf als Wahrzeichen; er zeigt, wohin es führt, wenn man den Boden des ehrlichen Kampfes verläßt und sich mit den Unternehmern verbündet, um die eigenen Klassen-genossen zu unterdrücken.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Weitere Diskontermäßigung. — Börsenstillstand. — Internationale Preisrückgänge. — Abnormer Kohlenpreisstand in Deutschland. — Auswanderung und Rückwanderung.

Die Bank von England ist am 19. März auf einen Diskont von 3 pzt. herabgegangen. Nach dem damals vorliegenden Ausweis vom 12. März verfügte sie (mit 40 613 000 Pfund Sterling) über einen höheren Goldvorrat wie jemals, gegen Mitte und Ende März, seit dem Jahre 1900. Gegen den 7. November 1907, an dem die Folgebewertungen der amerikanischen und internationalen Finanz- und Börsenfestis am tiefsten die Bankkassen leerten (Metallvorrat nur noch 28 725 000 Pfund Sterling), ist der Umkehrpunkt vollends ein durchschlagender; die 7 pzt. von damals und die 3 pzt. von heute spiegeln das deutlich genug wider.

Die Deutsche Reichsbank will erst die außerordentlich hohen Anforderungen des Quartalszinsfußes vorüber lassen, dann wird auch ihr Zinsfuß, der sich noch immer auf 5½ pzt. stellt, fallen, wahrscheinlich sogar recht beträchtlich.

Aber wie in guten Wirtschaftszeiten der hohe Zins nur wenig hemmt, so regt in den jetzigen solchen Zeiten der niedrige Zins die Unternehmungslust nur wenig an. Die Börse stellt mitemutig fest, daß im Februar der deutsche Umsatzeinzel von 1902 bis 1907 niemals unter 1 136 000 einbrachte, 1905 sogar 1 912 000, während doch unterdessen Unmassen neuer Papiere dem Sieg. Das sind lediglich 45 pzt. der Umsätze von 1905, während doch hundertfach Unmassen neuer Papiere dem Börsenhandel zugeführt wurden: der Berliner Börse allein an 11 Milliarden Mark.

Die wichtigsten Großhandelspreise bewegen sich gleichfalls fortgesetzt nach abwärts, soweit nicht internationale Märgen, wie beim Getreide oder Spinnstoffe wie bei der Kohle, hier und da das Bild verändern. Für England zieht die bekannte Sauerbedische Monatsliste aus 45 verschiedenen Waren einen Indexdurchschnitt heraus. Den Durchschnitt der 11 Jahre von 1867 bis 1877 dabei gleich 100 angesetzt, stand der Monatsdurchschnitt im September 1907: 79,1, im Oktober: 78,8, im November: 76,7, im Dezember: 76,2, im Januar: 76,0, im Februar: 74,5. Dabei fallen jedoch Getreide, Fleisch, Butter mit andauernd ziemlich hohen und sogar steigenden Preisen ins Gewicht. Die wichtigsten Industrierohstoffe und Hilfs- und Brennstoffe fielen also um so härter, vor allem Kohle, Kupfer, Blei, fast alle Textilfasern, wie Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Wolle, Seide; ferner Salz, Palmöl und Petroleum. Eisen und Zinn erholten sich im Februar ein wenig, aber nur im Vergleich zu dem schon vorher abgedrückten Preis. Im ganzen waren die von Sauerbed als „Materialien“ (Roh- und Hilfsstoffe, im Gegensatz zu den Nähr- und Genusmitteln) bezeichneten Waren im Großhandel schon während des Februars wieder zurückgefallen bis auf diejenige Preisstufe, die im Herbst 1905, also vor dem eigentlichen Aufstieg zur vollen Hochkonjunktur, herrschte.

Die deutschen Preise laufen natürlich den englischen parallel mitunter in sehr weitem Abstand, wie er beim Getreide durch den deutschen Zoll bedingt wird, aber doch im wesentlichen immer in dem gleichen Auf und Ab wie in England. Dagegen steht die deutsche Kohle infolge unseres Syndikatsmonopols außerordentlich fest. Gleiches. Beste Cardiff-Dampfkohle erreichte z. B. in England 1907 einen zeitweiligen Höchstpreis von 21½ Schilling pro Tonne, sie stand im Dezember auf 19 Schilling, Mitte März auf wenig über 16 Schilling. Wir dagegen haben trotz aller Verdrängnis der Industrie höhere Kohlenpreise, wie vor einem Jahre und es ist ein sehr faden-scheiniger Trost, daß das Syndikat während der Hochkonjunktur Mäßigung gezeigt habe und hinter den damaligen englischen Preisbreiten zurückgeblieben sei. Die Verdrängnis gegen eine solche Preispolitik des Syndikates werden deshalb immer allgemeiner. Nicht nur im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus kamen sie in den letzten Wochen zum Ausdruck, und zwar nicht nur von agrarischer und sozialdemokratischer Seite, sondern auch die Großindustrie empfindet neben der Preisrückgang die Brennstoffsteigerung bei rückgängiger Konjunktur immer nachdrücklicher. Sogar Herr Ballin betonte in der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie: das Unternehmen müsse sich mehr und mehr den englischen Kohlen zuwenden, da die deutschen Preise nicht den herrschenden Verhältnissen angepaßt würden. Der preussische Eisenbahndirektor mußte eine Abänderung der abnormen niedrigen Eisenbahntarife für die Kohlenausfuhr ankündigen, da das Syndikat seine hohen Preisforderungen einerseits durch Föderationseinschränkung, andererseits durch Preisrückgänge nach dem Ausland und Annapassung des Inlandes zu tilgen und zu halten sucht. Bayern mit seiner noch schwierigeren Kohlenversorgung soll für glatte Aufhebung aller Sondertarife für den Kohlenexport eintreten. Wiederum hat gerade die preussische Eisenbahnverwaltung durch ihre vorläufigen neueren Lieferungsabschlüsse dem Syndikat den Rücken gestärkt. Jedemfalls wird die Regensburgerversammlung in den letzten Märztagen von entscheidender Bedeutung sein.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie, schließlich diesmal auch der Norddeutsche Lloyd das letzte Geschäftsjahr bereits ungünstiger ab, wie das vorletzte. Hamburg-Amerika gibt für 1907 6 pzt. Dividende gegen 10 pzt. im Jahre 1906 und 11 pzt. im Jahre 1905 und 9 pzt. im Jahre 1904; seit dem 15. April 1907 ist das



Altienkapital von 120 auf 125 Millionen Mark erhöht. Der Bremer Lloyd gibt 4 1/2 pSt. Dividende, gegen 3 1/2 pSt. im Vorjahre. Das Altienkapital beträgt seit 1907 125 (vorher 100) Millionen Mark. In beiden Geschäftsjahren wird als profitablen Betrieb erwähnt: der jetzt beachtete Kautertrieb der verschiedenen, am transatlantischen Verkehr beteiligten Linien, der rapide Rückgang der Auswanderung nach Amerika, und ebenso das Zusammenwachsen des Frachttariffes zwischen Europa und Amerika seit der überseeischen Krise. Noch im ersten Halbjahr hatte der Frachttariffverkehr eine nie erreichte Höhe erlebt, um so unaufhaltsam ging es in den letzten Monaten abwärts. Die dem Hamburg-Amerika-Bericht beigefügte Flottenliste weist 168 Ozeandampfer, und 215 Flugdampfer, Schlepper, Leichter und sonstige Hilfsfahrzeuge mit einem Gesamtbruttoreichhalt von 955 742 Registertons auf, was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme um 29 249 bedeutet. Trotzdem mußten, wie Ballin in der Generalversammlung bemerkte, im Vorjahre noch 121 fremde Dampfer gechartert werden, um den Ansprüchen der Hochseeflotte genügen zu können und keinerlei Konkurrenz sich einmischen zu lassen. Der Norddeutsche Lloyd verfügte am Schluß von 1907 über 127 (im Vorjahre 117) Dampfer und 2 (im Vorjahre 2) Schulschiffe, die mit 180 137 000 (im Vorjahre 161 340 000) zu Buch standen.

Da das letzte Vierteljahrshesft der Reichsstatistik die Gesamtübersicht der Auswanderung für 1907 bringt, so seien einige dieser Ziffern bei dieser Gelegenheit angeführt. Im ganzen wurden im Jahre 1907 81 696 deutsche Auswanderer festgestellt, es treffen also 5,1 Auswanderer auf 10 000 der Gesamtbevölkerung. Während in den Jahren 1902 und 1903 die Auswanderung nach einem mehrjährigen Rückgang in Zunahme begriffen war, hat sie zwar 1904 nicht unmerklich abgenommen, doch ist von da ab wieder eine allmähliche Steigerung derselben zu bemerken. Sie betrug

1901	22 073	= 3,9	„	10 000	Einwohner
1902	32 498	= 5,6	„	10 000	„
1903	36 310	= 6,2	„	10 000	„
1904	27 984	= 4,7	„	10 000	„
1905	28 075	= 4,7	„	10 000	„
1906	31 074	= 5,1	„	10 000	„
1907	81 696	= 5,1	„	10 000	„

Große wirtschaftliche Veränderungen in Deutschland kommen in den letzten Jahren dabei kaum zum Ausdruck; eher ist die immerhin kleine Steigerung der letzten Periode durch die Erwerbsverhältnisse in Nordamerika zu erklären, die bis zum Herbst noch günstiger lagen wie bei uns. Ueber deutsche Säfen wurden 1907 jener noch 303 616 Fremde befördert, insgesamt also, da 6316 Deutsche über Antwerpen, Rotterdam und anderen ausländischen Häfen die Seefahrt antraten, 350 995 Personen (234 013 über Bremen, 155 982 über Hamburg) von den deutschen Reederbetrieben als Auswanderer befördert. Von den fremden Seefahrtskandidaten waren hauptsächlich beteiligt Ungarn mit 109 272, Litauern mit 111 634, Letzteren mit 109 295 Personen.

Verstärkt und doch immer noch leicht erklärlich ist das Anwachsen der Rückwanderung am Jahresende. Während als Zwischenbeförderung in Hamburg und Bremen seit dem Frühjahr 1907 monatlich etwa 10% bis höchstens 13 Tausend Personen anlangten, wuchs die Ziffer im November auf 19 671, im Dezember auf 36 049 Köpfe. Der größte Teil bestand hierbei sicherlich aus Ausländern, die nach Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten zurückgingen. Die rückwandernden Italiener erscheinen natürlich in dieser Statistik nicht, da sie deutsche Säfen nicht benützten.

Ueber die ersten beiden Monate des neuen Jahres 1908 liegen jedoch einige Zeitungsmitteilungen vor. In diesem Zeitraum sind über deutsche Säfen 1661 (1907: 2945) und über fremde Säfen etwa 330 (349) Deutsche, zusammen also 1991 (2094) Deutsche ausgewandert, mithin liegt 703 oder 29 pSt. weniger. Die Auswanderung fremder Staatsangehöriger über deutsche Säfen ist noch viel mehr zurückgegangen als die Deutsche. In den ersten beiden Monaten gingen über Bremen 5715 (1907: 26 461) und über Hamburg 4271 (22 168), zusammen über deutsche Säfen also 9986 (48 632) Angehörige fremder Staaten, so daß die Auswanderung auf etwa ein Fünftel der vorjährigen zurückgegangen ist. Ein solcher Abbruch dürfte in der Geschichte der internationalen Massenwanderungen beiseitlos dastehen.

Berlin, 22. März 1908.

Max Schippel.

## Politische Umschau.

### Aus dem Reichstage.

Schluß der Etatsberatung. — Resolutionen. — Schiffsabgaben. — Zweite Beratung des Vereinsgesetzentwurfs.

Programmatisch ist am 30. März der Etat mit dessen dritter Beratung erledigt worden, und zwar in einer von morgens 11 Uhr mit zweifelhafter Unterbrechung bis gegen 12 Uhr nachts dauernden Sitzung. Zu einigen Einzelheiten (Reichsfinanzverwaltung, Reichsjustizverwaltung, Reichsverwaltung) entspannen sich nochmals längere Debatten. Sozialdemokratische Redner traten wiederum energig gegen das ideelle Umwerfen der Sozialdemokratie, für eine humane und gerechte Behandlung der Säfen des Reiches im Wasserrecht und für Erhöhung des Solbes der gemeinen Soldaten ein. Nach Ansicht des Generalleutnants v. v. Arnim, des Vertreters des Kriegswirtschafts, haben sich die Redner bei der Schilderung der rohen und unmenschlichen Behandlung, denen Soldaten oft ausgesetzt sind, „maßvoller Uebertreibung.“ (1) schuldig gemacht. Er meinte, es sei menschlich erklärlich, wenn militärische Vorgesetzte, Offiziere z. B. sich zu Schimpfungen und Ungerechtigkeiten hinsetzen ließen. Nach unserer Ansicht ist es noch viel mehr menschlich erklärlich, wenn moralisch und körperlich mißhandelte gemeine Soldaten den Zwang des Kadavergehorsams durchbrechen und ihr Menschenrecht geltend machen, d. h. sich ausnehmen gegen die Disziplin. Aber Lie trifft in der Regel furchtbar harte Strafe, während die Verfehlungen der Vorgesetzten fast immer eine sehr milde Behandlung erfahren.

Die Zahl der im Reichstage zu den einzelnen Etats angenommenen Resolutionen beträgt 82. Beträufte die

meisten sind sozialpolitischer Natur. Auf das Reichsamt des Innern entfallen davon 26. Den Schluß bildet zunächst die Abstimmung über den Antrag der Budgetkommission, bei der Neuordnung der Arbeitsbedingungen in den Militärverhältnissen die Arbeiterausschüsse zu hören.

Siegrun hatte das Zentrum beantragt, hinter „Arbeiterausschüsse“ einzufügen „Arbeiterorganisationen“. Da die Abstimmung über dieses Amendement zweifelhaft blieb, mußte man „Hammelsprung“ geschritten werden. Das Amendement wurde mit 127 gegen 121 Stimmen angenommen. Darauf wurde der Antrag der Budgetkommission angenommen; desgleichen wurden Resolutionen auf Gewährung des Lohnes für gesetzliche Feiertage an Arbeiter der Militärverwaltung und auf Einführung des Neunundzweiges für die in der Fabrikindustrie beschäftigten Personen vom Jahre 1909 ab angenommen.

Die Sitzung am 1. April wurde eröffnet durch Besprechung einer sozialdemokratischen und einer freisinnigen Interpretation, betreffend die Einführung von Schifffahrtsabgaben auf deutschen natürlichen Wasserstraßen durch den Bundesrat. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Franz und Dr. David stellten fest, daß solche Abgaben einen unerhörten wirtschaftlichen Rückschritt bedeuten und daß sie der Reichsregierung widersprechen. Ersterer legte weiter dar, daß insbesondere Schifffahrtsabgaben auf Schiffe das Brot verteuern müssen, also in erster Linie die Arbeiter treffen. Sie bilden, wie Dr. David zurecht sagte, eine indirekte Steuer auf Nahrungsmittel und Lebensmittel. Preisen verlor dabei eine Exportpolitik. Der Vertreter der preussischen Regierung, Minister v. Reichenbach, ließ das alles natürlich nicht gelten. Auch der Redner der freisinnigen Abgeordneten kämpfte, nahm Stellung gegen das verabschiedete Vorhaben Preussens, während sich Zentrum, Nationalliberale und Konservative wohlwollend dazu verhielten.

Die am Dienstag, den 2. April, begonnene zweite Beratung des

### Reichsvereinsgesetzentwurf

ließ von Anfang an die Enthusiasmus der Blochpartei erkennen, die auf ihre Rechnung kommenden Vorschläge der Kommission ohne viel Kräfteaufwand zur Annahme zu bringen. Die Blochredner beschränkten sich in ihren Ausführungen auf das Notwendigste. Am liebsten hätten sie ganz geschwiegen. Eingehen triffen sie sowohl die sozialdemokratischen Wortführer, wie die des Zentrums und der Polen den Entwurf in scharfer Weise so ausgiebig wie möglich. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine wandte sich u. a. energig gegen die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts auf die Reichsangehörigen. (Das hat auch der „Grundstein“ bereits in seiner ersten Besprechung des Regierungsentwurfs getan.) Redner berief sich auf eine Petition des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, die genau so, wie es der sozialdemokratische Seite gefiel, ist, ausführt, daß Hunderttausende fremder Arbeiter in Deutschland beschäftigt seien, daß sie zum Teil ausdrücklich als Lohnbrüder herangezogen würden, und daß die deutsche Arbeiterkraft daher das größte Interesse daran habe, die fremdsprachlichen Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen.

Jeder der Blochredner behauptete in seinen kurzen Ausführungen, daß der Entwurf „große Verbesserungen“ bringe. Der Freisinnige, Herr Müller-Münchingen, erklärte unter der Zustimmung aller Blochredner: Wir halten an der Kompromisslösung des Gesetzes fest und lehnen alle Abänderungsvorschläge ab. Nur ein Mitglied der Blochpartei, der Unionist v. Weydahl, nahm gegen den Entwurf Stellung; er bezeichnete ihn als einen politischen Rückschritt. Die Ausführungen der Oppositionsredner ergänzten sich in aller Hauptpunkten gegenseitig. Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien verlangt von der Regierung kategorisch eine Erklärung darüber, ob den Ausländern der Zutritt zu Vereinen und Versammlungen freigegeben wird. Wollte man das nicht, so besäße die Abwehr, den Unternehmern einen Dienst zu erweisen. Streikbrecher und Lohnbrüder für sie heranzuziehen und den einheimischen Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, solchen Unfug entgegen zu wirken.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg fand sich mit Legiens Verlangen ab und er lagte:

Die Frage, wie die Polizei sich im einzelnen verhalten soll, kann nur mit den allgemeinen Grundgedanken des Vereinsgesetzes beantwortet werden. Und diese allgemeinen Grundgedanken bestimmen, daß die Landesgesetzgebung ausgeschlossen ist, soweit sie nicht ausdrücklich aufreht erhalten ist. — Auf die Frage, ob die Polizei in Zukunft das Recht haben soll, Mitgliederlisten von politischen Vereinen einzusehen, erwiderte ich, daß dies nach dem vorliegenden Entwurf nicht zulässig ist.

Der Zentrumsabgeordnete Schäffer begründet einen Antrag des Zentrums — wie ihn übrigens auch die Sozialdemokraten gestellt hatten — wonach die Gewerkschaften nicht als politische Vereine erklärt werden können. Er bemerkte u. a.:

„Die Erklärungen, die der Arbeiterführer gemacht haben, müssen uns vorzüglich stimmen; mehr als einmal ist es mir vorgekommen, daß eine Gewerkschaftsversammlung, die noch gar nicht eröffnet war, als eine politische erklärt und verboten wurde. Die gesamte organisierte deutsche Arbeiterklasse ist der Ueberzeugung, daß in diesem Vereinsgesetz ihre Interessen nicht gewahrt sind.“

Legien lagte in einer zweiten Rede: Wir beantragen, den Begriff der politischen Angelegenheiten näher zu definieren, damit gewerkschaftliche Organisationen künftig nicht wie bisher mit den lästigen Bestimmungen behaftet werden, die für politische Vereine gemacht sind. Wenn sie das nicht klar und deutlich zum Ausdruck bringen, werden in Zukunft die gewerkschaftlichen Organisationen noch schlechter gestellt als bisher. Denn das bisherige Vereinsrecht verlangt die Eintragung der Mitgliederlisten. Jetzt aber sollen die Vorstandsmitglieder der Polizei bekannt gegeben werden, und dadurch werden gerade die leitenden Personen und treibenden Kräfte der Organisation der Arbeiterklasse gefährdet. Denn dann ist es die Polizei unter Berufung der

Unstverschwiegenheit und des Rechtes den Arbeitgebern ihre Listen mitzuteilen.“

Neben teile folgende Fälle mit: „Der Bürgermeister in Stuttgart teilte der Fabrikantenvereinigung regelmäßig mit, welche Arbeiter sich in den Vereinammlungen besonders hervorgetan hätten, und hielt es mit keiner besonderen Ehre als preussischer Beamter vereinbar, den Unternehmern die Abregulierung der politisch und gewerkschaftlich tätigen Personen zu empfehlen. Der Amtsvorsteher von Ditzschleben gewährte den Unternehmern Einblick in die Listen des Verbandes der Fabrik- und Hilfsarbeiter. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen, auch von dem Landrat, weil den Arbeitgebern die Listen nicht „ausgehändigt“, sondern nur zur Einsichtnahme gezeigt worden seien. Der Bürgermeister in Kumbach hat, wie gerichtlich festgestellt wurde, der Direktion der Aktienbrauerei nach den Berichten des überwachenden Polizeibeamten die Arbeiternamhaft gemacht, die in den Vereinammlungen öffentlich auftraten. In den kleineren Orten sind die Amtsvorsteher vielfach zugleich die Arbeitgeber, und dem sollen ihre eigenen Arbeiter sich leicht als Gewerkschaftsvorstände anzeigen. Wenn der § 2 in der Kommissionsfassung angenommen wird, wird die Arbeiterklasse für die Arbeiter noch erhöht. Denn danach soll jeder Verein einen Vorstand und Satzungen haben und diese sowie die Mitglieder des Vorstandes der Polizei einreichen, welche nach dem Bericht des überwachenden Polizeibeamten die Arbeiternamhaft gemacht, die in den Vereinammlungen öffentlich auftraten. Wollen Sie das nicht, so müssen Sie nach unserem Antrag eine Definition des Begriffes „politische Angelegenheiten“ geben. Außerdem genügt es, wenn der Polizei einfach Mitteilung von der Gründung des Vereins gemacht wird. Das Vereine nur an der Stelle des Sitzes des Vorstandes angegeben werden sollen, beantragen wir ebenso wie das Zentrum. Weshalb ist tatsächlich von Zweigvereinen der Gewerkschaften die Eintragung besonderer Statuten verlangt worden. Wenn Sie diese Praxis nicht winden, müssen Sie unsere Anträge annehmen. Schließlich wenden wir uns noch gegen den Vorschlag des Kommissionsantrags, daß die Satzungen in deutscher Sprache eingelegt werden müssen. Auch diese Verpflichtung ist nichts als eine Schikanierung der fremdsprachlichen Reichsangehörigen. Aber nach der Meinung der Freisinnigen soll wohl auch das eine Verbesserung der Vorlage sein.“

Nachdem der Bloch den Schluß der Debatte herbeigeführt hatte, wurde mit seinen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen sämtliche Abänderungsanträge zu §§ 1, 2 und 2a abgelehnt.

Damit schloß der erste Tag der Debatte. Am zweiten Tage, 8. April, hatten die Abänderungsanträge der Opposition daselbstes Schicksal. Die Blochmehrheit schwante bei diesen Abstimmungen, die in allen Hauptpunkten namentliche waren, zwischen 20 bis 30 Stimmen. Nicht einmal dafür waren die freisinnigen Blochredner zu haben, den Anträgen zugestimmen, welche darauf gerichtet waren, gewerkschaftliche Vereinammlungen vor polizeilicher Vernehmung und Schikanen zu bewahren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilbrand bezeichnete die Vorlage als einen Versuch, sämtliche Bundesstaaten zu verpechen. Solch ein Gesetz sei eines Kulturvolkes unwürdig. Speziell für Württemberg bedeute das Gesetz eine wesentliche Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes. Nichts, rein gar nichts. Ist der Bloch von den eingebrachten Verbesserungsvorschlägen gelen. Und diejenigen seien, welche Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzüge z. B. sicher stellen wollten.

Die Bundesratsdeputierten für Bayern, Württemberg und Baden wurden genötigt, die Parteinahme ihrer Regierungen für den Entwurf zu rechtfertigen. Setzen sie ihnen das nicht. Sie sowohl wie die Redner der Blochpartei behaupteten konsequent, der Entwurf sei ein „großer Schritt in freisinniger Richtung“.

Im Verlaufe der Debatte wurde die Stimmung eine immer erregtere. Den Schlußanträgen der Blochpartei begegnete die Opposition damit, daß sie über diese Anträge namentliche Abstimmungen herbeiführte.

Am dritten Verhandlungstage wurde der § 7 des Entwurfs in neunfünftiger Debatte erledigt. Die oppositionelle Kritik legte mit äußerster Schärfe gegen dieses ausnahmsweise geordnete Monstrum ein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien stellte fest, daß der § 7 tatsächlich auf Betreiben der rheinisch-westfälischen Industriellen Aufnahme in den Entwurf gefunden hat. Auch die Redner der anderen Oppositionsparteien stimmten mit den Sozialdemokraten darin überein, daß dieser Paragraph den Zweck habe, den Unternehmern die Ausbeutung ausländischer Arbeiter und deren mißbräuchliche Verwendung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der einheimischen Arbeiter zu sichern. Eine sehr einflussreiche Rede zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und der Arbeiterorganisationen hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Hue. Er verurteilte scharf unter anderem die Feststellung des Legiens und zeigte sehr drastisch, daß der Sprachzwang-Paragraph von ihnen Unheben tatsächlich darauf berechnet sei, der kapitalistischen Ausbeutungspolitik und der Schädigung der deutschen Arbeiter zu dienen.

Widerpruch erhob sich gegen die Ausführungen nur noch von Seiten des Staatssekretärs des Innern. Und das war ein sehr belangloser Widerspruch. Nachdem noch ein Bloch gesprochen hatte, wurde der Schluß der Debatte vom Bloch herbeigeführt und die Abstimmung vorgenommen. Sie war in der Hauptsache eine namentliche. An ihr beteiligten sich 383 Abgeordnete, eine Präsenz, wie sie in dieser Stärke nur sehr selten vorgekommen ist. Für den § 4 stimmten geschlossen 206 Wähler, gegen ihn 179 Abgeordnete, Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und vier Freisinnige. Drei Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Das Resultat wird von der Opposition mit lauten Entrüstungsfundungen, Protesten z. B. von der Blochüberdacht mit fanatischem Beifall aufgenommen.

Ueber die Fortsetzung der ersten und über die dritte Beratung werden wir in nächster Nummer berichten. Es ist ja nicht daran zu zweifeln, daß der Bloch sein eigenes Werk vollendet, daß er Sieger bleiben wird.



Die Arbeitslosigkeit ist auch im Auslande eine enorme, reis zunehmende. Die wirtschaftliche Krise lastet eben auf allen Kulturländern und führt zu massenhaften Arbeiterentlassungen und Betriebsbeschränkungen. Die „Labour Gazette“, Blatt des englischen Arbeitsamtes, bringt in ihrer letzten Nummer eine Uebersicht über den Beschäftigungsgrad in den verschiedenen Ländern. In England selbst ist die Arbeitslosigkeit von Februar auf Januar, in welcher Zeit sie sonst stets abzunehmen pflegt, noch gestiegen. Die 268 Bericht erstattenden Trade Unions mit einem Mitgliederbestand von 639 078 meldeten Ende Februar 40 900 oder 6,4 pSt. Arbeitslos, gegenüber 6,2 pSt. im Vormonat oder 3,9 pSt. Ende Februar 1907. In dem flauen Geschäftsgang waren alle Industrien ziemlich gleichmäßig beteiligt; verhältnismäßig auf war die Lage noch in der Eisenindustrie, im Hüttenbergbau und in der Textilindustrie, fastest dagegen im Schiffbau, der Beschäftigungsindustrie, der Buchdruckerei und -binderei. Auch die englischen Kolonien berichten über zurückgehende Arbeitsgelegenheiten. In der Kapkolonie, in Transvaal ist die Zahl der Arbeitslosen groß und Warnungen werden erlassen, vorsicht auf Arbeitsnachfrage zu geben. Nur in den australischen Kolonien ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften weiterhin ziemlich erheblich.

In Frankreich beträgt 1908 Gewerkschaften, die 228 406 Mitglieder umfassen, dem Arbeitsamt über 10,9 pSt. Arbeitslos Ende Januar 1907. Unter der großen Miste ist natürlich vor allem das Baugeschäft, ein besonders schlechtes Geschäftsgang wie sonst noch in der Automobilindustrie, die Seidenweberei und die Porzellanindustrie auf. — Sehr hoch ist der Grad der Arbeitslosigkeit in Belgien. 207 Gewerkschaften mit 45 809 Mitgliedern hielten im Januar 19 pSt. Arbeitslos zu verzeichnen, während die Ziffer im Dezember erst 6,7 und im Januar vorigen Jahres gar nur 2,5 war. Zum Teil erklärt sich die diesmalige hohe Ziffer allerdings auch aus einer stärkeren Erfassung der Bauarbeiter, die in diesem Jahre besonders unter dem Frost zu leiden hatten. Die Krise in der Diamantindustrie hat gleichfalls viele Arbeiter brotlos gemacht. — Für Holland sind keine bestimmten Zahlen angegeben; doch wird mitgeteilt, daß das Baugeschäft noch eine Verbesserung zeigt. Schied ist ferner der Geschäftsgang in der Textilindustrie, in der Kakaofabrik, der Schokoladen- und der Margarinefabrikation; verhältnismäßig befriedigend dagegen in der großen Metallindustrie und im Schiffbau.

Am wenigsten unter der Krise zu leiden hat bis jetzt Norwegen. Ganz außerordentlich groß (45 pSt.) ist dort nur der Grad der Arbeitslosigkeit bei den Maurern und den Malern, und ziemlich hoch bei den Zimmerleuten. Insgesamt waren von 11 977 Mitgliedern der Bericht erstattenden Gewerkschaften Ende Januar 5,6 pSt. arbeitslos, was zwar gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine kleine Steigerung (5 pSt.), dagegen im Vergleich zum Dezember 1907 (6,2 pSt.) bereits ein Nachlassen der Arbeitslosigkeit bedeutet. — Aus Amerika kommt die Nachricht von der teilweise oder völligen Entlassung großer Stahlwerks, durch die Tausende von Arbeitern brotlos werden. In Chicago hat eine Wagenbaugesellschaft 2000 Arbeiter auf einmal entlassen; mehrere Grubengesellschaften haben ihre Förderung auf 60 pSt. eingeschränkt; eine Eisenbahngesellschaft, die 1000 Personen beschäftigt, hat eine weitere Reduktion der Arbeit von 4 auf 2 Tage in der Woche eintreten lassen. Andere Gesellschaften sind zu Lohnüberhebungen gezwungen. So hat die United States Steel Corporation die Löhne ihrer Arbeiter im Pittsburgh-Distrikt um 15 pSt. bis 40 pSt. gesenkt. Die schon seit November bestehende harte Abwanderung ausländischer Arbeiter hält weiter an. In der ersten 17 Tagen des Januar verließen 30 066 fremde Arbeiter das Land, mehr als dreimal so viel als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Arbeitslosigkeitsfragen beziehen sich nur auf organisierte Arbeiter. Die Masse der unorganisierten ist noch besonders zu berücksichtigen.

Ein christliches und gutes Wort. Im badischen Landtage kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Ein Zentrumsgesandter erdichtete sich zu behaupten, der „Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen“ lasse auf der Arbeiterseite viel schwerer als der Druck des Unternehmertums. Ihm entgegen die Leiter der badischen Gewerkschaften, Dr. Wittmann: „Die Kämpfe zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften sind zu bedauern.“ Er fügte hinzu, daß die Fabrikinspektion die Leiter der Organisationen stets auf das Verhandlungsgebiet dieser Kämpfe aufmerksam mache; sie bildeten große Hindernisse für die kulturelle Entwicklung der Gewerkschaften. Damit war der Zentrumsgesandte — er heißt Welser — und war früher selbst als Arbeiter in Maschinenfabriken tätig — maßlos. Ein Fraktionsgenosse von ihm, der Rechtsanwalt Kopf, suchte allerdings dem Fabrikinspektor aus seiner Erklärung einen Strich zu drehen, indem er ihn des Liebesglaubens mit den freien Gewerkschaften bezichtigte. Herr Dr. Wittmann antwortete damit, daß er das Programm darlegte, nach welchem die Fabrikinspektion geleitet werde. Sein Vorgänger W. Dreisshofer habe den europäischen Auf der badischen Fabrikinspektion begründet; er, Wittmann, wäre befreit, diesen Auf zu erhalten. Weiter gab es noch zahlreiche Unternehmungen, die recht ausfallend werden, erbliden sie einen Vertreter der Fabrikinspektion. Die Handels- und Handwerkerkammern sollten die Fabrikanten anweisen, den Arbeitnehmern einen freien und ungehinderten Verkehr mit den Vertretern der Fabrikinspektion zu ermöglichen. Die Beilegung des Streiks in der großen Langen Maschinenfabrik in Mannheim sei ihm 1908 durch die Vermittlung des verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Treßbach gelungen. Die Fabrikinspektion solle sein wie eine Hüterin der Arbeiterkassensatzgebung und eine Beraterin der Industrie. Ein anerkanntes Programm. Möchte seine Durchführung gelingen!

Die Steuerfuchser sind unermüdet in der Ausbeutung der tollsten Projekte. Jetzt macht der konservative Reichstagsabgeordnete v. Gersdorf, ein Raubtier des Genie ersten Ranges, im Berliner Volksorgan den Vorschlag, den Konsum in den Restaurants zu einer Steuer heranzuziehen. Er will mit dieser Steuer nicht die Restaurationsinhaber, sondern, wie er selbst sagt, die Konsumenten belasten, und

denk sich die Steuer als eine Quittungssteuer. Jeder Inhaber eines Restaurants müsse gesetzlich gehalten sein, von der Steuerbehörde steueramtlich abgetrennte Quittungsformulare zu erwerben und nur gegen solche Quittungen, Getränke usw. zu verkaufen. Der Verbrauch, bis zu M. 1,50 müßte von der Steuer freibleiben, der von M. 1,50 bis M. 5 wäre mit 10 pSt., der von M. 5 bis M. 10 mit 50 pSt. und über M. 10 mit M. 1 zu belegen.

Dieser Vorschlag ist, wie die „Germania“ konstatiert, nicht das geistige Eigentum des Herrn v. Gersdorf. Er ist bereits vor etwa 15 Jahren in einer Broschüre gemacht worden, deren Verfasser nicht Herr v. Gersdorf, sondern ein früherer Professor einer Technischen Hochschule war.

Wie wäre denn mit einer Flossetsteuer, die nach dem Gewicht der Exkremente zu bemessen wäre? Wer weiß, ob nicht auch darauf noch ein fündiger Stoff verfaßt.

**Menschenhandel.** Der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen zu Halle a. d. S. erklärt Inzinate, die folgenden Wortlaut haben:

Mehrere größere Posten Wanderarbeiter (Männer, Frauen und Jungen) sind noch abzugeben.

Ja, ja, nicht nur die Arbeitskraft des Proletariats, er selbst als Mensch ist eine Ware, die regerrecht verhandelt wird wie ein lebloses wirtschaftliches Gut. Solche Menschenhandelsannoncen sind nichts Seltenes. Auch andere Landwirtschaftskammern und zahlreiche private Elanenhändler erlassen sie. Diesen modernen Sklavenhandel bringt das agrarische Sonderinteresse nun mal so mit sich im „Kulturhaat“. Was ist's für ein Unterchied, ob da steht: mehrere größere Posten Vieh oder „Wanderarbeiter“ sind abzugeben?

## Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

##### Hansastädte:

Travemünde (Sperre über Schrömann), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

##### Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Straika), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje), Eutin (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), Tondern (Aussperrung), Insel Fehmarn (Aussperrung);

##### Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Brunsahlpen (Differenzen);

##### Brandenburg:

Berlin (Differenzen und Sperre über das Betonbaugeschäft von Sollwedel), Guben (Aussperrung), Saarmund (Sperre über den Unternehmer Ahland aus Philipsthal), Caputh (Aussperrung), Senftenberg (Sperre über die Firma Pasch), Wittstock a. d. B. (Sperre über den Unternehmer Pielt);

##### Pommern:

Pyriz (Differenzen), Köslin (Sperre über Schüttner), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Hammerstein (Sperre über Kargo), Sallgast (Aussperrung);

##### Ost- und Westpreussen:

Sensburg (Sperre über Reuse), Mewe (Sperre über Schulz);

##### Posen — Schlesien:

Görlitz (Sperre über Röttschke in Horka), Muskau (Sperre über Stähling), Brieg (Sperre über das Baugeschäft Winkler);

##### Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze; Bahnhofsbaun, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisenwarengesellschaft E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Nannhof (Sperre über H. Goltzsch, vormals Küpper & Schrot);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Calbe a. d. Milde (Sperre über Nigotiet & Blank);

##### Thüringen:

Sonneberg (Sperre über Bauer & Söhne), Zechau (Sperre über die Zuckerraffinerie in Rositz);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Norderney, Gronau (Aussperrung), Visselhövede (Streik), Wunstorf (Differenzen), Sachsenhagen b. Hannover (Aussperrung), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), Cölle (Bauarbeiterstreik), Lemo (Sperre über Maurermeister Fasse);

##### Westfalen und Rheinland:

St. Johann (Sperre über Ackermann in Merckweiler);

##### Hessen und Waldeck:

Schmalkalden (Sperre über Peter), Gudensberg (Sperre über Möbbs & Köhler);

##### Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperre über Nabauer);

##### Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Streik), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimor Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

### Fliesenleger:

Dulburg. (Sperre über Gebr. Bonitz), Rendsburg (Sperre über das Walzwerk in Andorf und die Karlsruhte).

### Oesterreich:

Karlsbad, Krems, Salzburg.

### Frankreich:

Paris (Aussperrung).

## Verhandlungen in München und Essen.

In München ist nach viertägigen sehr schwierigen Verhandlungen am Sonnabend ein Vertrag bis auf die Lohnfrage und einige Nebenbedingungen vereinbart. Hierüber hat inzwischen am Montag dieser Woche das Einigungsamt entschieden.

Die Arbeitszeit bleibt bis zum 31. März 1910 auf 10 Stunden bestehen. Der Geltungsbereich des Vertrages soll München und 26 Vororte umfassen. Den jetzigen Stundenlohn der Maurer von 55 pSt. wollen die Unternehmer in diesem Jahre um 1 und im nächsten Jahre um 2 pSt. aufbessern. Die Zimmerer, deren Lohn bisher 2 pSt. niedriger ist, sollen den Maurern gleichgestellt werden, und den Lohn der Hilfsarbeiter, der jetzt 14 pSt. niedriger als der der Maurer ist, wollen die Unternehmer in beiden Jahren mit je 2 pSt.; b. h. auf 43 bzw. 45 pSt. erhöhen. Die Arbeitgebervertreter ermäßigten die ursprünglichen Forderungen auf 58 pSt. in diesem und 60 pSt. im nächsten Jahre für Maurer und Zimmerer und 45 bzw. 48 pSt. für Bauhilfsarbeiter. Um diese Gegenstände zu überbrücken, machte der Vorsitzende, Gerichtsrat Dr. Brenner, folgende Vorschläge: Maurer und Zimmerer 57 bzw. 59 pSt., Bauhilfsarbeiter 44 bzw. 46 pSt. Eine Einigung kam nicht zu stande.

Eine andere Differenz, die durch Verhandlungen nicht geschlichtet werden konnte, entstand bei der Festlegung des Geltungsbereichs. Die Arbeiter haben natürlich nichts dagegen, daß die Vororte, wo bisher die Arbeitsbedingungen schlechter waren, nunmehr zu einem Groß-München im Tarifvertrag vereinigt werden sollen. Aber unter den Vororten, die von den Unternehmern eingegemeindet werden sollen, ist auch das Städtchen Pasing, wo seit etwa einem Jahre die neunzehnstündige Arbeitszeit statt Tarif besteht. Der Tarif ist allerdings am 31. März b. J. abgelassen, und die Pasinger Unternehmer haben sich inzwischen dem Münchener Verbande angeschlossen; das kann die Arbeiter aber nicht veranlassen, von dem geworbenen Drückgebrauch Abstand zu nehmen. Die Unternehmer wollen aus dem neu zu schließenden Vertrage Pasing durchaus nicht herauslassen, die Arbeiter dagegen keine Verlängerung der Arbeitszeit zulassen. Auch hierüber entscheidet das Einigungsamt. Weiter hat das Einigungsamt zu entscheiden über die Lohnerhöhung in den Spezialbranchen. Die Unternehmer wollen auf die bisherigen Löhne 2 pSt. für beide Jahre draufzahlen. Die Arbeiter reduzieren ihre Forderung auf 3 und 2 pSt. Zulage für jedes Jahr. Schließlich blieb noch eine Klausel, die gegen Vertragsbruch strittig, worüber ebenfalls das Einigungsamt zu entscheiden hat.

In allen übrigen Punkten ist schließlich ein Einvernehmen erzielt worden, verschiedentlich allerdings erst nach heftigen Auseinandersetzungen und stundenlangen Sonderberatungen. Auch die Zustimmung zur Annahme des Einigungsamtes mußten den Unternehmern abgerungen werden; erst nach einigen Konzessionen seitens der Arbeitgebervertreter gaben die Unternehmervertreter ihre Einwilligung dazu, daß das Einigungsamt über die strittigen Punkte entscheide.

Hatt vor dem Schließen standen die Verhandlungen am Freitag nachmittag. Nach der Mitteilung der Unternehmervertreter sollte auf einigen Punkten die Arbeit eingestellt worden sein. Diese Mitteilung beruhte auf Wahrheit; es kamen aber ein oder zwei Bauten und wenige Leute in Frage. Herr Jellmeier verlangte nun im Namen des Unternehmerbundes von den Vertretern der Zentralverbände die Erklärung, daß auf Grund der Berliner Vereinbarungen in allen Verhandlungsorganen bis zum 1. Mai die Arbeit unter keinen Umständen eingestellt werden dürfe. Die Vertreter der Zentralverbände erklärten, während dieser Vertragsverhandlungen und bis erfolgten Schlußfolgerungen beider Parteien für den Frieden einzutreten; was dann weiter kommen könne und solle, darüber müßten sich die Zentralverbände ihre Entscheidung vorbehalten. Mit dieser Erklärung waren die Unternehmer nicht zufrieden, erklärten aber nach anderthalbstündiger Sonderberatung, weiter verhandeln zu wollen. Vorher hatten die Arbeitgebervertreter noch betont, daß sie sich keine andere Erklärung abpressen ließen, selbst wenn daran die Verhandlungen scheitern sollten. Mit der von den Unternehmern verlangten Erklärung hätten sie ja jede Lohnerhöhung ablehnen können, da sie bis zum 1. Mai ihre bringendsten Arbeiten fertig stellen und später es ruhig auf einen Streik hätten antworten lassen können. Auch dieser Sturm ging vorüber. Schließlich mußten die Unternehmervertreter doch einsehen, daß sie mit dem harten Kopfe ihres Sekretärs Jellmeier nicht überall durchkommen können. Aber auch die Münchener Maurer und Bauarbeiter haben in den Verhandlungen manchen Ploß zurückschicken müssen. Hoffentlich gelingt es den besonnenen Elementen in beiden Lagern, die Abmachungen zur Annahme zu bringen.

Eine Verständigung wurde noch darin erzielt, daß die Lohnerhöhungen sofort in Kraft treten sollten, wenn die Parteien











45. Bolksgl 100 A 25. Bremer 200 B 40. Wustler-  
hausen 400 B 40, 50 A 25. Wollschütz 800 B 40, 50  
800 B 45. Wollschütz 200 B 45. Wollschütz 1200 B  
40. Wollschütz 600 B 40.  
Wollschütz 600 B 45, 25 A 50. Wollschütz 200 B  
45, 25 A 50. Wollschütz 75 A 25. Wollschütz 200 A  
45, 25 A 50. Wollschütz 400 B 45. Wollschütz 200 A  
45, 25 A 50.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-  
gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger  
Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben und denen nicht  
briefflich eine andere Mitteilung geworden ist.

**Als verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher  
der Kollegen Paul Schmidt - Danziger (Verb. - Nr. 88 014),  
J. Hermann - Danziger (466 134), W. Reinhold - Danziger (417 040),  
Heinrich Knoke - Berlin (253 334), Gustav Tauer - Danziger  
(252 125), Gust. Tauer - Danziger (245 918), Andr. Metzger-  
Wollschütz (177 749), Woll. Stange - Danziger (154 272), Woll.  
Dietrich - Danziger (72 401), Woll. Wollschütz - Danziger (27 142), Jol.  
Dietrich - Danziger (360 156), Woll. Wollschütz - Danziger (275 389),  
Jol. Wollschütz - Danziger (40 732), Karl Woll - Danziger a. d. S.  
(37 274), Woll. Wollschütz - Danziger (336 333), E. Wollschütz - Danziger  
(290 963), J. Wollschütz - Danziger (183 770), Jol. Wollschütz -  
Danziger (58 673), Woll. Wollschütz - Danziger (15 803), E. Wollschütz -  
Danziger (471 506), Woll. Wollschütz - Danziger (470 163), Paul  
Wollschütz - Danziger (471 675), Jol. Wollschütz - Danziger (483 216),  
Woll. Wollschütz - Danziger (184 811), Woll. Wollschütz - Danziger (145 886),  
Woll. Wollschütz - Danziger (75 289), J. Wollschütz - Danziger (286 827),  
Woll. Wollschütz - Danziger (184 583), Woll. Wollschütz - Danziger  
(256 257), Woll. Wollschütz - Danziger (286 322), Jol. Wollschütz -  
Danziger (226 614), Woll. Wollschütz - Danziger (295 243),  
Woll. Wollschütz - Danziger (328 578), Paul Wollschütz - Danziger  
(345 775), Woll. Wollschütz - Danziger (375 074), Andr. Wollschütz -  
Danziger (221 444), Jol. Wollschütz - Danziger (462 335), Georg  
Wollschütz - Danziger (301 470), J. Wollschütz - Danziger (399 087), Woll.  
Wollschütz - Danziger (39 363), E. Wollschütz - Danziger (173 737),  
J. Wollschütz - Danziger (323 798), Woll. Wollschütz - Danziger  
(310 445), Emil Wollschütz - Danziger (358 095), Jol. Wollschütz -  
Danziger (373 161), Woll. Wollschütz - Danziger (373 162),  
Woll. Wollschütz - Danziger (118 278), Woll. Wollschütz - Danziger  
(186 357), Woll. Wollschütz - Danziger (288 210), Woll. Wollschütz -  
Danziger (486 399), Woll. Wollschütz - Danziger (449 016), Paul  
Wollschütz - Danziger (741), Woll. Wollschütz - Danziger (16 303),  
Woll. Wollschütz - Danziger (57 431), Jol. Wollschütz - Danziger (35 990),  
Woll. Wollschütz - Danziger (148 099), Karl Wollschütz - Danziger (158 724),  
Woll. Wollschütz - Danziger (169 593), J. Wollschütz - Danziger (382 375),  
Woll. Wollschütz - Danziger (366 155), J. Wollschütz - Danziger (302 211),  
J. Wollschütz - Danziger (328 337), J. Wollschütz - Danziger (359 976),  
J. Wollschütz - Danziger (298 366), J. Wollschütz - Danziger (270 808),  
Woll. Wollschütz - Danziger (216 890), Otto Wollschütz - Danziger  
(196 997), J. Wollschütz - Danziger (188 377), Woll. Wollschütz -  
Danziger (178 089), Woll. Wollschütz - Danziger (396 906),  
Woll. Wollschütz - Danziger (386 765), Woll. Wollschütz - Danziger  
(463 506), Karl Wollschütz - Danziger (256 947), Woll. Wollschütz -  
Danziger (65 299), Jol. Wollschütz - Danziger (219 258), E. Wollschütz -  
Danziger (424 081).

**Ausgeschlossen** sind auf Grund § 7b des Statuts vom  
Zweigverein Sonneberg i. Th.: Heinrich Schellenberger  
(Verb. - Nr. 437 368), Hermann Brückner (499 339), Oskar  
Ziemann (356 374), Paul Wollschütz (166 670).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rück-  
ständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser  
Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden  
vom Zweigverein Söllingen: Jakob Franke, geboren am  
1. Dezember 1869; zu Muhlbad (Verb. - Nr. 332 432), Der Woll-  
schütz, geboren am 25. Oktober 1888 (446 194); Gollubus:  
W. Inhard Wollschütz, geboren am 4. August 1882 zu Lemvig (160 879).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist,  
werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mit-  
teilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

## Behandlungen der Gauvorstände.

### Gau Leipzig.

Der Zweigverein Hohenschönhausen heißt jetzt Taucha b. S.

## Jahresberichte der Gauvorstände.

### Gau Cöln a. Rh.

Unsere Hoffnung auf eine gute Bautätigkeit im Jahre 1907  
hat sich leider nicht erfüllt. Das Jahr stand im Rheinlande,  
soweit das Baugewerbe in Frage kommt, im Zeichen der  
Wirtschaftskrise. Nicht weit etwa ein Überfluß an Wohnungen,  
also Überproduktion vorhanden wäre — im Baugewerbe  
Rheinlands gibt es nicht leicht eine Überproduktion —, aber  
die immer schlimmer werdende Verteilung auf dem Geld-  
markt hemmt die Spekulationsbautätigkeit sehr stark. Eine  
große Anzahl von Strohmännern mußte die Bude schließen,  
viele, ohne ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können.  
Zahlenmäßig läßt sich der Rückgang der Bautätigkeit im  
Augenblick leider nicht genau feststellen, die statistischen Elemente  
der Großstädte arbeiten sehr langsam, und bis heute fehlen  
aus den größeren Städten die Angaben vollständig.

Nur aus Düsseldorf liegen uns Mitteilungen vor, wonach  
infolge der daniederliegenden Bautätigkeit die Zahl der leer-  
stehenden Wohnungen ganz bedeutend zurückgegangen ist. Von je  
1000 Wohnungen standen in Düsseldorf leer: 1903: 55,  
1904: 44, 1905: 43, 1906: 36, 1907: 24. Weiter sagt der  
Bericht: Leider hat die Bautätigkeit während der letzten  
Jahre in erster Linie gerade die Kleinstwohnungen vernach-  
lässigt; demzufolge ist der Prozentsatz der leerstehenden  
Wohnungen in den zwei- und dreizimmerigen Wohnungen mit  
2,26 (3,76) pSt. und 2,35 (2,82) pSt. des Gesamtergebnisses  
am niedrigsten und das Ansehen des Wohnungsmarktes bei  
den kleinsten Befragungen mit je 1 Wohnraum am schärfsten  
ausgeprägt; die Quote der leerstehenden Wohnungen ist hier  
in Jahresfrist von 6,64 pSt. auf 3,03 pSt. gesunken.

So wie in Düsseldorf, liegt es jedenfalls auch in den  
übrigen Großstädten. Ein weiterer Grund dafür, daß die  
Bautätigkeit der Bautätigkeit ist die Abnahme der  
Mittelgliederzahl in den Städten. Cöln hatte im dritten Quartal  
1907 gegenüber dem dritten Quartal 1906 einen Rückgang  
an Mitgliedern von 380, Düsseldorf von 155, obwohl in  
beiden Bezirken die Organisation in sich gestärkt war als  
1906. Im Bericht des Gau's Dortmund wird weiter schon  
darauf hingewiesen, daß das rheinisch-westfälische Ziegel-  
handwerk einen bedeutend geringeren Absatz im Jahre 1907  
gegenüber dem Jahre 1906 zu verzeichnen hatte. Nur in den  
Landorten des oberbergischen Bezirkes war eine gute Bau-  
tätigkeit vorhanden, hervorgerufen durch die Aufführung  
einer Anzahl von öffentlichen und industriellen Anlagen. An  
Oberberg war das ganze Jahr sehr geringe Bautätigkeit,  
desgleichen in den linksrheinischen Orten Trier und Neupf.  
Auch im hiesigen Bezirk war wenig Arbeitstätigkeit;  
trotz des stehenden Wassers und des fast vollständigen  
Abnehmens der Bautätigkeit war von besserer Arbeitslo-  
genheit nach Vermeidung des Kampfes wenig zu spüren.  
Am Niederrhein, in den Orten W. Gladbach, M. Heide,  
Obernkirchen und Witten wurde das ganze Jahr  
hindurch nur wenig gebaut. Im Grefelder Bezirk hob  
sich die im Anfang des Jahres sehr schlechte Konjunktur im  
Frühjahr etwas, und unsere Kollegen glaubten den Zeit-  
punkt für die Durchführung ihrer Forderung für gekommen.  
Leider war das Ausbleiben nur von kurzer Dauer; es ist  
möglich, daß auch durch den Streit die Bautätigkeit wieder  
verloren ging. Die Forderung konnte unter diesen Umständen  
nicht durchgeführt werden. Für das Jahr 1908 sind die  
Ausgaben indes bedeutend besser. Wenn auch augenblicklich  
die Bautätigkeit noch vollständig daniederliegt, so mehren sich  
doch die Anzeichen, die auf eine bessere Konjunktur hinweisen.  
Einmal sind in den größeren Städten viele staatliche und  
kommunale Arbeiten zum Teil bereits in Angriff genommen  
oder werden in nächster Zeit begonnen, dann aber drängt  
auch die immer stärker werdende Wohnungsnot zur Ent-  
wicklung der privaten Bautätigkeit. Wenn nicht die riesige  
Anspannung am Geldmarkt noch lähmend auf das Geschäft  
einwirkt, dann hätten wir heute schon eine gute Konjunktur.  
Diese Geldlähmung wird aber nicht mehr von langer Dauer  
sein, und auch in Unternehmertreuen rechnet man bestimmt  
damit, daß sich im Sommer und Herbst das Geschäft  
bedeutend heben wird. Immerhin werden wir noch einige  
Monate schlechte Arbeitslolegenheit haben.

Der allgemeine schlechte Geschäftszustand blieb auch, wie  
oben schon erwähnt, auf die Entwicklung der Organisation  
nicht ohne Einfluß. Wohl haben wir im Jahr Durchschnitt  
etwa hundert Mitglieder mehr als im Jahre 1906, auch der  
Markenverkauf stieg entsprechend, aber die Zunahme ist doch  
im Verhältnis zu der riesigen Agitationsarbeit, die von der  
Organisation geleistet wurde, recht gering. In den Haupt-  
bezirken Cöln und Düsseldorf trat sogar ein bedeutender  
Rückgang der Mitgliederzahl ein. Die Mitgliederzahl im  
Gau betrug im Jahresdurchschnitt: 1901: 1414, 1902: 1853,  
1903: 3191, 1904: 4189, 1905: 4245, 1906: 5681 und im Be-  
richtsjahre 5979. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 15,  
die der Hauptstellen 83, die Zahl der Orte, wo die Organi-  
sation vertreten ist, ist von 50 im Jahre 1902 auf 187 gestiegen.

Der Zweigverein Velfert ist dem Zweigverein Varnen-  
Gierfeld angegliedert worden. Hierdurch konnte in diesem  
Gebiet eine stabilere Agitation entfaltet werden, die auch gute  
Früchte getragen hat. Die Zahl der Hauptstellen hat sich um  
17 vermehrt. Besonders das Wuppertal hat sich im  
verflochtenen Jahre gut entwickelt, es hat den Ausfall von Cöln  
und Düsseldorf wieder wett gemacht.

An Schluß des Jahres 1906 waren 5591 Mitglieder  
vorhanden. Aufgenommen wurden im Jahre 1907 2627 Mit-  
glieder, zugereit sind 1896, zusammen 10114; abgereist sind  
346, wegen Schulden gestrichen 252, gestorben 29, aus-  
geschlossen 252, zum Militär eingezogen 84, ausgeschlossen 23,  
als verstorben angegeben 148, zusammen 4276. Es mußten  
demnach am Jahresende 5338 Mitglieder vorhanden sein.  
Zu Wirklichkeit sind nur 5269 gemeldet, es fehlen mithin  
69, aber die keine Angaben gemacht wurden. Trotz immer-  
währender Ermahnungen ist es bis heute noch nicht gelungen,  
eine genauere Kontrolle über die Mitgliederbewegung zu  
bestimmen. Einerseits sind die Kollegen noch sehr nachlässig  
im An- und Abmelden, andererseits muß aber auch aus-  
gesprochen werden, daß die Zweigvereins- und Hauptstellen-  
vorstände nicht überall gewissenhaft genug in der Aufzeichnung  
der Zu- und Abnahme der Mitglieder sind; es fehlt da bei  
manchen an dem guten Willen. Der Markenverkauf steigerte  
sich im ganzen von 205 483 auf 216 173, pro Kopf von  
36,10 auf 36,15.

Der Extrabeitrag ist in einigen Zweigvereinen sehr gut,  
in einigen anderen lediglich in verschiedenen, besonders in den  
ländlichen Bezirken, sehr schlecht bezahlt worden. Unserer  
Aufassung nach würden wir bei einer allgemeinen Beitrags-  
erhöhung besser gefahren sein. Die Zeit, in der die Extrabeitrag  
erhöht werden wurden, ist für die Organisation verloren  
gegangen. In den meisten Vereinen hat man große Auf-  
klärungsarbeit leisten müssen, um die vorhandenen Mitglieder  
zu erhalten; in einigen Vereinen ist dies nicht einmal möglich  
gewesen. An die Gewinnung neuer Mitglieder wurde unter  
diesen Umständen nicht mehr gedacht.

An Versammlungen wurden 109 öffentliche und 766  
Mitgliederversammlungen abgehalten. Bei der Hausagitation  
im Frühjahr wurde das vom Hauptvorstande herausgegebene  
Flugblatt in rund 10 000 Exemplaren verbreitet. Die Vor-  
bereitungen hierzu liefen in verschiedenen Vereinen wieder  
viel zu wünschen übrig. Die Beobachtung macht man regel-  
mäßig: die größten Schwäger in den Versammlungen und  
in den Kreisen sind für die Kleinarbeit am wenigsten zu  
haben. Es ist ja auch leichter, über den Vorstand herzugehen,  
als anderen, unorganisierten Kollegen die Notwendigkeit der  
Arbeiterbewegung klarzumachen. Vom Gauvorstand ist dann  
noch für verschiedene Gebiete ein besonderes Flugblatt heraus-  
gegeben worden. Zirkularorganisations haben wir sehr  
in Cöln, Varnen-Gierfeld, W. Gladbach, Grefeld  
und neuerdings auch in Düsseldorf. Die Bementarbeiter gehören  
in Düsseldorf, Varnen-Gierfeld und Aachen unseren Ver-  
bänden an, während sie in Cöln noch dem Bauhilfsarbeiter-  
verbande angeschlossen sind.

Lohnbewegungen hatten wir 14, woraus sich in 6 Fällen  
Streiks entwickelten; in einem Falle (Grefeld) beantworteten  
die Unternehmer den Streik mit der Aussperrung. Von den

6 Bewegungen, die ohne Kampf erledigt wurden, endeten 2 mit  
vollem, 5 mit teilweisem und 1 ohne Erfolg. Von den 6 Be-  
wegungen, die durch Streik ausgefochten wurden, endeten 2  
mit vollem, 3 mit teilweisem und 1 ohne Erfolg. Zusammen  
sind also von den 12 Bewegungen 4 mit vollem, 8 mit teil-  
weisem und 2 ohne Erfolg beendet worden. Die Bewegung  
erstreckte sich auf 8 Zweigvereine mit 40 Orten, wo 291 Unter-  
nehmer 1637 Gehelien beschäftigten. Von diesen Gehelien  
erzielten Lohnverhöhung: 882 Gehelien 2 A, 168 3 A, 227 4 A,  
88 5 A, 512 7 A und 41 Gehelien 10 A pro Stunde. Zu-  
sammen erhielten also 1418 Gehelien eine Lohnverhöhung von  
durchschnittlich 4,66 A pro Stunde.

Verkürzung der Arbeitszeit hatten 868 Kollegen, und  
zwar: 393 um 2 Stunden wöchentlich, 41 um 3 Stunden  
wöchentlich und 434 um 4 Stunden wöchentlich.

Es wurden von uns 8 Verträge abgeschlossen, die Christ-  
lichen schlossen außerdem noch in Aachen, Bonn und  
W. Gladbach einen „Vertrag“ ab, woran wir jedoch nicht  
beteiligt sind. In dem Aachener Vertrag ist der Lohn je  
nach der individuellen Leistungsfähigkeit des Arbeiters für  
einen tüchtigen Arbeiter zwischen 43 und 47 A festgesetzt;  
er soll in den nächsten Jahren noch um einige Pfennige in  
allen Stufen steigen. In Bonn und W. Gladbach ist der  
Lohn je nach der individuellen Leistungsfähigkeit des Arbeiters  
bestimmt. Solche Verträge schließen wir nicht ab;  
den „Muth“, den diese „Erfolge“ einbringen, überlassen  
wir lieber den Christlichen.

In diesem Jahre ist die Lohnbewegung wieder sehr  
umfangreich, fast sämtliche Vereine sind daran beteiligt; wie  
sie verlaufen wird, steht noch dahin. Unsere früheren Ein-  
weise über das Verhalten der Unternehmerorganisation haben  
sich als nur zu berechtigt erwiesen. Aber wir sehen der  
Zukunft ruhig entgegen; die Kollegenchaft ist auf alles vor-  
bereitet und trotz der großen Arbeitslosigkeit ist der Zusam-  
menhalt gut. Wenn in den nächsten Tagen, wo sich die Dinge  
entscheiden, die nötige Disziplin gewahrt und mit Ausbeutung  
aller Kraft an dem weiteren Ausbau der Organisation ge-  
arbeitet wird, dann möge die Entscheidung bringen, was sie  
wolle — wir sind auf dem Posten. Die Bauemachtigen  
können uns, vielleicht im Augenblick viele Schwierigkeiten  
machen, dauernd werden sie den Aufstieg der Bauarbeiter-  
schaft zu besserer, menschenwürdiger Lebenshaltung nicht  
zurückhalten.

Zum Schluß die Abrechnung der Kasse:

### Einnahme.

Kassenbestand vom vierten Quartal 1906.	M. 1880,77
Vom Vorstand erhalten laut § 8 des Statuts.	„ 3238,48
Einlagen für Streikleistung zurück.	„ 257,85
Beiträge der Zweigvereine.	„ 1838,15
Zuschuß der Hauptkasse.	„ 446,70
Sonstige Einnahmen.	„ 20,-
<b>Summa.</b>	<b>M. 6661,95</b>

### Ausgabe.

Gehalt des Vorstehenden.	M. 2160,-
Arbeitslolegenheiten.	„ 605,96
Fahrtgeld.	„ 1064,55
Diäten.	„ 1284,55
Miete.	„ 306,-
Druckkosten.	„ 110,88
Porto und Schreibmaterial.	„ 78,67
Sonstiges.	„ 636,20
<b>Summa.</b>	<b>M. 6246,21</b>

### Abschluß.

Einnahme.	M. 6661,95
Ausgabe.	„ 6246,21
<b>Restand.</b>	<b>M. 415,74</b>

Ernst Muth, Vorstehender, Heinrich Sturm, Kassierer.

### Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige  
Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach-  
organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags  
morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß  
Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann  
für die laufende Nummer berücksichtigt werden  
können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren  
Händen sind.

**Gau Bremen.** (Konferenzbericht.) Am 14. und  
15. März tagte im Bremer Vereinshaus die Konferenz  
für den Gau Bremen. Nach einer Begrüßungsrede des  
Gauvorstehenden Giddesens wurde folgende Tagesordnung  
festgesetzt: 1. Agitation und Wünsche der Delegierten.  
2. Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes. 3. Lohnbewegung.  
4. Allgemeine Anträge. 5. Vortrag über Bauarbeiter-  
schaft. 6. Entwurf des Gauvorstandes. In die Man-  
datsprüfungskommission wurden: die Kollegen Sudmann,  
Odenburg, Krug-Wilhelmsbaben und Mann-Bogelad ge-  
wählt. Zu Vorstehenden wurden bestimmt: Giddesens  
und Borgmann-Bremen, als Schriftführer Engel-Bremen  
und Staab-Nimz, zur Führung der Nebenberufliche Kollege  
Peterson-Denabritz. Nach einer Anfrage Engels, ob die  
Delegierten geladen seien, was Giddesens bejahte, wurde  
die Sitzung am 15. morgens 9½ Uhr, vertagt. Bei  
Beginn dieser Sitzung erstattete die Mandatsprüfungskommission  
Bericht. Sie bedauert, daß die Wahlproto-  
koll so mangelhaft ausgefüllt seien. Außerdem hatte ein  
Kollege sein Buch vergessen, und das Buch eines anderen  
Kollegen war nicht in Ordnung, es waren darin einige  
Ertragsmarken durch Stempel ersetzt. Anwesend waren  
12 Vertreter der Zweigvereine, Kollege Giddesens vom Zen-  
tralvorstand, Kober vom Gau Hamburg, Genosse Lanfener  
als Vertreter der Bauarbeiter des Gau's Bremen, und  
erwartet wird der Sekretär der Zentralkommission für  
Bauarbeiter, Genosse Seifert. Sämtliche Mandate  
wurden der erste und zweite Punkt zusammen beraten.  
Kollege Giddesens erläuterte und ergänzte den in Nr. 8  
des „Grundstein“ d. Z. abgedruckten Jahresbericht, dem  
auch der Kassenbericht angefügt ist. Zu diesem Punkt



Jagen folgende Anträge vor. Bremerhaven: Die Kosten der schriftlichen und mündlichen Agitation im Zweigverein hat der Gauvorstand zu tragen. Antrag Badmann-Bremen: Bei Aufstellung der Rechnung sind die Diäten genau zu spezifizieren, damit daraus zu sehen ist, welche Kollegen im Gau tätig sind und wie sie beschäftigt werden. Antrag Riegen: Die Agitation muß in den Orten Benthelm, Nordheim, Schüttorf, Weppen und Salzbergen besser betrieben werden. Begründet wurden die Anträge durch die Vertreter der Zweigvereine, die die Anträge gestellt haben. Außerdem begründete Badmann seinen Antrag, indem er ausführte, die Diäten hätten eine zu enorme Höhe erreicht und die Vertreter des Gaues könnten bei ihren Agitationsreisen fast wohl vierter Klasse fahren, da in der dritten Klasse wohl keine Arbeiter angetroffen seien, und es wäre doch auch wohl nötig, auf den einzelnen Bahnfahrten agitationsmäßig tätig zu sein. Kollege Brandler-Bremen fragte an, warum die Zweigvereine Eulingen und Bedla wieder eingegangen seien. Des weiteren beschwerte er sich, daß in Diepholz nicht die nötige Agitation betrieben werde. Die Diskussion war sehr reg. Der Kollege Seefeld-Bremerhaven hatte bei der Begründung auf die „horrende“ Lohnzulage im Bremerhavener Lohngebiet, die einen Pfennig pro Stunde beträgt, hingewiesen. „Aber ihre Stellungnahme hierzu sei von „obenherunter“ verteilt worden durch das bekannte Bremen: Kollege Efttinge erklärte, die Beschuldigung des Kollegen Seefeld sei nicht angebracht; auch im Zentralvorstand sei man der Ansicht, daß die Lohnzulage zu wenig sei; aber im Monat Februar könne man nicht gegen die Unternehmer vorgehen. Es könnten dabei nicht örtliche, sondern nur Gesamtergebnisse in Betracht kommen und von diesem Standpunkt hätten sie die Frage in Hamburg betrachtet. Kollege Hildebrand ging zunächst auf die Monita ein, die seitens der Delegierten zur Sprache gebracht worden waren. Da im Bereich des Gaues in zwei Orten circa 2000 Unterschriften seien, so würde für die Zukunft auf die Revisionen des Gauvorstandes bedeutend mehr Wert gelegt werden. Den Antrag des Kollegen Badmann verwies er an die Revisoren, da diese am besten Auskunft darüber geben könnten; jedoch sei dies für heute wohl kaum möglich, da die Zusammenstellung nicht so leicht sei. Dem Kollegen Brandler gegenüber erklärte er, daß Eulingen und Bedla wegen Mangels an leitenden Personen nicht zu halten waren. Die Ausführung desselben Kollegen betreffs Diepholz erklärte er für unangebracht; Kollege Brandler sei von seinem Gewährsmann falsch unterrichtet, oder er wolle nur dem Gauvorstand etwas ausrichten. Engel war der Ansicht, daß die Diäten im Gau nicht zu hoch seien, aber es müßte aus deren Spezifizierung hervorgehen, welche Kollegen des Gauvorstandes an der Agitation beteiligt sind. Er glaube, daß es mit vereinzelten Ausnahmen nur zwei Personen des Gauvorstandes seien, die agitationsmäßig tätig sind. Da sei es kein Wunder, daß Klagen über nicht genügende Agitation laut würden; einzelne Personen könnten die Arbeit im Gau nicht bewältigen, dazu sei er zu groß. Brandler gab auf die Anschuldigung des Kollegen Hildebrand seinen Gewährsmann bekannt, es sei der Vorsitzende des Zweigvereins der Zimmerer Bremen, und ging dann näher auf die Agitation im Münsterlande ein. Seefeld erklärte, daß ihrem Geschäftsführer bei Einreichung des Bremerhavener Antrages ein Jektum unterlaufen sei, ihr Antrag solle sich auf den ganzen Gau beziehen. Vorgang sah, um die Diskussion zu klären, noch einmal alles aufzuheben und sagte, daß zur Frage des Kollegen Engel früh genug hätten Anträge gestellt werden können. Peterfen-Gosnabrück unterstützte die Ausführungen Brandlers. Kollege Hildebrand ging ebenfalls noch einmal darauf ein und erklärte, daß er sich schon mit dem Vertreter der Bauarbeiter in Verbindung gesetzt habe und daß die Agitation in nächster Zeit im Münsterlande beginnen würde. Kollege Berg erklärte, daß sämtliche Mitglieder der Gauverwaltung an der Agitation beteiligt gewesen wären. Kollege Graumann als Revisor erklärte, die Diäten geprüft und alles in Ordnung gefunden zu haben. Kollege Wolke ging auf den Antrag Bremerhaven ein, was darin gefordert wird, geschähe schon jetzt. Hierauf wurden die Anträge Badmann und Riegen mit dem Zusatz: „in bebrängten Orten ist die Agitation zu erhöhen“, angenommen. Der Antrag Bremerhaven wird, weil schon so gehandelt werde, wie darin verlangt wird, als erledigt betrachtet. Den dritten Punkt der Tagesordnung, Lohnbewegung, behandelte Kollege Efttinge in einem für die Teilnehmer sehr reichhaltigen Vortrag. Die Diskussion hielt sich denn auch im Rahmen des Vortrages. Vorgang schloß nach längeren Ausführungen damit, daß früher mit dem Herzen gekämpft wurde, heute aber der Verband gebraucht werden müsse. Hildebrand ging näher auf die Lohnbewegungen im Gau Bremen ein; es seien deren 25. Die Verhandlungen in Barel und der Kampf, der seit dem 1. Oktober v. J. in Nordsee geführt wird, gaben so recht ein Spiegelbild des Ernstes der Kämpfe, überall leuchte uns der sogenannte Musterfall entgegen. Brandler war (natürlich) der Ansicht, daß unsere Taktik verkehrt sei. Wir hätten uns nicht in die Defensive drängen lassen dürfen. Außerdem dürften unter Mitwirkung des Zentralvorstandes nicht nur Tarife um des Tarifs willen abgeschossen werden, sondern es müsse darauf bei einem Abbruch Bedacht genommen werden, die Verhältnisse der Kollegen günstiger zu gestalten. Es kam hierbei nicht immer auf eine Lohnherabsetzung an. Efttinge gab zu, daß niemand fehlerfrei sei, und so könne auch der Zentralvorstand irren. Aber diesmal sei wohl die Ansicht des Kollegen Brandler irrig. Er wies auf die Offensive der Berliner Kollegen im vorigen Jahre hin und meinte, daß die Unternehmer jetzt nicht so brutal vorgehen würden, wenn der Berliner Kampf im vorigen Jahre nicht so unglücklich verlaufen wäre. In der Zeit der Krise sollten wir überhaupt nicht angreifen, sondern unsere Positionen zu halten versuchen. Er empfahl folgende Resolution, die auch einstimmig angenommen wurde: „Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ist den Plänen der Unternehmer entgegen zu wirken. Jedem sonstigen Versuch der Unternehmer, unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist entgegen zu treten. Angriffsbewegungen sind zurückzuhalten und nur in vollem

Einverständnis mit der Verbands- und Gauleitung zu beginnen. In dieser Konfliktzeit ist strenge Disziplin zu üben und den tatsächlichen Maßnahmen der Leitung unserer Organisation unbedingt Folge zu leisten.“

In der Nachmittags Sitzung befaßte man sich zunächst mit den allgemeinen Anträgen. Delmenhorst beantragte: Für 100 Mitglieder einen, für 300 zwei und für jedes weitere volle Hundert je einen Delegierten mehr für die Gaukonferenz zu wählen. Zu § 9 Abs. 2 des Gau-regulativs: Sind mit den Gauaufgaben Reisen verbunden, dann wird außer Entschädigung an entgangenen Arbeitsverdienst resp. Beamtengeld, Fahrgehalt vierter Klasse vergütet. In besonderen Fällen kann auch dritte oder zweite Klasse benutzt werden. Außerdem werden Diäten gewährt wie bisher. Sudmann-Delmenhorst begründete die Anträge, die aber, nachdem Vorgang dagegen gesprochen hatte, beide abgelehnt wurden. Tolle-Nordenham beantragte, der Gau möge in Zukunft mehr Vorträge über die Affordarbeit halten lassen. Zur Begründung führte er an, daß jetzt die Kollegen von Wilhelmshaven und Bremerhaven in die Nordsee nach Uebernahme von Affordarbeit schickten. In der Diskussion wiesen Hildebrand und Krug-Wilhelmshaven den Vorwurf des Kollegen Tolle weit zurück. Vorgang betonte, daß die Affordarbeit schon seit Bestehen des Verbandes befaßt werde. Man solle die Vorträge über die Affordarbeit studieren und die letztere durch möglichst hohe Preise erschweren. Ganz verboten lasse sich dieselbe nicht. Seefeld sprach sich im Sinne des Vordrängens aus; die Kollegen in Bremerhaven seien durch Heranziehung von Italienern gezwungen worden, Affordarbeit zu verrichten. Hierauf wurde mit dem Hinweis auf die Verhandlungen des letzten Verbandstages in dieser Frage der Antrag abgelehnt. Der Gauvorstand beantragte: Den Zweigvereinen Nordheim, Dittum und Eulingen sind, da sie keine Mittel haben, die Kosten der Delegation zum Gau-tage aus der Kasse zu ersetzen. Dies wird ohne Widerspruch angenommen. Hierauf hält Genosse Heintze einen Vortrag über „Bauarbeiterkassens“. Der Redner erntete für seinen instruktiven Vortrag reichen Beifall. In der Diskussion empfahl Vorgang, überall dort, wo noch keine Bauarbeiterkassenskommissionen beständen, wenigstens Ueberwachungskomitees zu wählen. Zu einer recht lebhaften Debatte gab hierauf noch der letzte Punkt der Tagesordnung Anlaß. Von einigen Seiten, nämlich dem Zweigverein Bremerhaven und den Delegierten Engel und Brandler (Bremen) wurde eine Wiederwahl des Kollegen Hildebrand widerprochen. Die Neuwahl ergab dann folgendes Resultat: Als Gauvorstand wurde Kollege Hildebrand gegen 5 Stimmen wiedergewählt, als Kassierer Kollege Fuhrmann, als Revisor die Kollegen Berg, Wolke und Engelmann, als Revisoren die Kollegen Lehn, Graumann und Fröhlking. Nach einem fröhlichen Schlußwort des Kollegen Vorgang wurde, da die Tagesordnung erschöpft war, die Konferenz um 5 1/2 Uhr durch diesen geschlossen. Albert Engel.

**Aktionsbericht.** Hier und in der Umgebung haben wir jetzt und auch noch den ganzen Sommer hindurch eine sehr gute Baukonjunktur. Da wir aber ja bekanntlich im allgemeinen nach einer sehr heißen Baukonjunktur haben, ist auch selbstverständlich der Zugang sehr stark. Dieses Angebot von Arbeitskräften muß nun der Unternehmer Paul Wittern, der die meiste Arbeit in hiesiger Gegend hat, in gehöriger Weise aus, ähnlich so, wie er es schon vor Jahren im Offsee-Bau geschafft machte. In kurzer Zeit hat Wittern schon 25 fremde Kollegen auf die Straße geworfen. Vor einigen Tagen hat er erst wieder sieben Kollegen entlassen, wahrscheinlich weil sie wegen Regen eine halbe Stunde in der Erde gefressen hatten. Er ließ dieselben Tag gar nicht mehr arbeiten. Dann fragten die Kollegen, ob sie am anderen Morgen wieder anfangen könnten; darauf wurde erwidert, sie könnten wieder anfangen, wenn das Wetter gut wäre. Die Kollegen kamen dann nicht abends zur Arbeit; statt aber die Kasse in die Hand nehmen zu können, wurde ihnen Fremdgeld und Geld in die Hand gegeben. So muß der Unternehmer Wittern die allgemeine schlechte Lage im Bau-gewerbe aus. In dieser Zeit braucht man nur einen falschen Griff oder einen falschen Blick zu tun, und man muß gewandt sein, auf die Straße zu fliegen. Da hier auch keine Kündigung ist, steht es dem Unternehmer ja allerdings frei, einzustellen und zu entlassen, soviel er will.

**Berlin.** Die Section der Gips- und Zementbrände hielt am 17. März im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Generalversammlung ab, in der der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1907 gegeben wurde. Kollege Gaele berichtete. Der gedruckte Geschäftsbericht war den Mitgliedern schon vor der Versammlung zugelegt worden. Das Jahr 1907 war auch für die Section der Gips- und Zementbrände ein Jahr des Kampfes, obwohl wir mit den Unternehmern unserer Branche eine Lohnbewegung nicht hatten. Durch die geringere Bautätigkeit hatten wir eine ziemlich große Arbeitslosigkeit. In den Monaten Oktober und November, die sonst die Zeit der Hochkonjunktur waren, waren circa 40 pSt. der gesamten Berufsmitglieder ohne Beschäftigung; erst am Ende des Jahres war die Arbeitslosigkeit wieder besser. Bald nach Beendigung der Reichstagswahlen wurde im Zweigverein Berlin eine statistische Aufnahme vorgenommen, um festzustellen, wieviel Mitglieder Leser des „Vorwärts“ und politisch organisiert sind. Von unserer Section haben 1899 Kollegen die Fragen beantwortet. 1522 Kollegen = 78,49 pSt. waren auf eine Zeitung abonniert, 417 Kollegen = 21,51 pSt. lesen keine Zeitung, 1141 = 58,85 pSt. lesen den „Vorwärts“ und 881 = 19,65 pSt. andere Zeitungen. 682 Mitglieder = 35,17 pSt. gehörten dem Wahlverein an, 1257 = 64,83 pSt. nicht politisch organisiert. An dem Resultat dieser Aufnahme können die Kollegen sehen, daß auf diesem Gebiet für uns noch viel zu tun ist. Durch die am 22. Mai 1907 unsere Kollegen stark in Mitleidenhaft gezogen. In einer am 30. Mai abgehaltenen Generalversammlung nahm die Section dazu Stellung und beschloß, alle während der Dauer der Aussperrung oder Lohnbewegung arbeitslos werdenden Kollegen zu unterstützen. Auf Grund unseres Tarifvertrages konnten wir nicht aktiv in den Kampf ein-

greifen, sondern mußten uns damit begnügen, den Streikenden volle Solidarität zu wahren und jede Streikarbeit zu vermeiden. Ins Besondere sind die Streikenden wurden 1500 Kollegen eingetragen, wovon 1198 beheiztet waren, die 1908 Kinder unter 14 Jahren hatten. Insgesamt entfielen auf die Section 37 845 Streiklöhne mit einem Lohnausfall von 245 992,50. Die Löhne der Lohnbewegung betrugen 107 505,90. Hier von sind durch Streikbeiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder 20 399,10 aufgebracht, 11 726,00 flossen aus der Hauptkasse und 11 977,50 sind aus Mitteln der Lokalkasse verwendet worden. Während des Kampfes im Baugewerbe fand eine Anzahl Mitglieder aus der Zementbranche ab, um die beschlossenen Streikbeiträge nicht zu bezahlen, und gründete einen neuen Verein. Mehrere Kollegen haben bereits ihren Irrtum, den sie zur Zeit begangen haben, eingesehen und haben sich bei uns wieder angemeldet; zum Hauptvorstand sind den Kollegen die bezahlten Beiträge in dem neuen Verein unter der Bedingung angedreht, daß sie die zeitweiligen Streik- und Extrabeiträge nachzahlen. Von der Freien Vereinigung der Maurer sind die Mitglieder in unsere Section eingetreten. An dem Vertragsverhältnis mit dem Berliner Beton-Verein wurde nichts geändert; da keine Partei den Vertrag kündigte, gilt er nach seinem § 12 auf ein Jahr verlängert, und zwar bis zum 30. September 1908. Im festgestellten, wieviel Kollegen zur Zeit in unserer Branche arbeiten, wieviel organisiert sind und wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden, sind im Berichtsjahre zwei Bausenkontrollen ausgeführt worden. Bei der Kontrolle am 15. August wurden 372 Baustellen mit 2888 darauf beschäftigten Kollegen aufgefunden. Am Tage der Kontrolle melbten sich arbeitslos 292 Kollegen, circa 60 waren krank, so daß im ganzen 3332 Kollegen festgestellt wurden. Von den 3332 Kollegen waren 2644 organisiert und 688 gehörten keiner Organisation an. Die Tarifschlichtungskommission hielt zwei Sitzungen ab, ihre Unterkommission war in 5 Fällen auf den Baustellen tätig, um Differenzen zu erledigen. Ein Fall, der die Kommission und später auch das Einigungsamt des Gewerbegerichts beschäftigte, betraf die Sperre über die Steinbedeckungsfirma „Kohlmecke“, die Mitglied des Berliner Beton-Vereins ist. Unsere Kollegen hatten die Arbeit bei der betreffenden Firma eingestellt, um sie zur Anerkennung der Verbesserungen der Maurer und Bauarbeiter zu veranlassen. Der Berliner Beton-Verein betrachtete die Sperre über die Firma als nicht gerechtfertigt und verlangte unverzüglich deren Aufhebung. Von unserer Seite wurde dem entgegengehalten, daß das Wissen von Steinbedeckern als Maurerarbeit zu betrachten sei. Da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten, so konnte eine Einigung in der Schlichtungskommission nicht erzielt werden. Hierauf fällt das Einigungsamt nach zwei Sitzungen folgenden Schiedsspruch: „Die Steinbedeckungsfirma ist verpflichtet, die von ihnen ausgeführten Arbeiten fallen unter die Arbeiten, die in dem Vertrag enthalten sind, der zwischen dem Berliner Beton-Verein und der Section der Gips- und Zementbrände abgeschlossen ist. In diesem Vertrag steht allerdings eine spezielle Bezeichnung der betreffenden Arbeiterkategorie; es wird deshalb den Parteien ausgegeben, eine solche zu vereinbaren und in den Vertrag hineinzufügen.“ Dieser Schiedsspruch wurde vom Berliner Beton-Verein angenommen, von der Section dagegen abgelehnt, da seine Annahme eine Verschlechterung der Löhne in der Steinbedeckung bedeuten würde. Eine Geschäftsperre wurde über die Firma Rudolf Hölz, Tempelhof, verhängt, weil die Firma die Vertragsbestimmungen nicht einhielt. Nach siebenstündiger Sperre mußten wir sie aufheben, da die drei Schlichter August, Wilhelm und Karl Teske arbeitswillig wurden und die dringenden Arbeiten in Afford fertigstellten. Beteiligt waren an der Sperre in Afford festgestellten Kollegen am 23.15. Durch die Aussperrung der Holzarbeiter am Anfang des Jahres wurden 10 Kollegen unserer Section in Mitleidenhaft gezogen, wodurch der Section 412,15 Löhne entfielen. Zwecks Regelung der Verbandsangelegenheiten sowie zur Agitation fanden im Berichtsjahre 9 General-, 19 Gruppen- und 66 Bezirksversammlungen statt. Im Oktober wurden 5 Agitationsversammlungen für die verschiedenen Gruppen abgehalten. In 31 Versammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten. Die Generalversammlungen waren durchweg gut besucht, die anderen Versammlungen nicht. Die inneren Arbeiten der Section sind in 18 Vorstandssitzungen, 5 Obmann- und 61 Bezirksversammlungen erledigt. In seinem Schlußwort besprach der Kollege Gaele kurz die augenblickliche Situation im Baugewerbe und legte es allen Kollegen dringend ans Herz, mit ganzer Kraft für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu agitieren. Ebenso mußten alle eventuell von den Unternehmern verführten Lohnreduzierungen sofort zurückgewiesen werden; jeder decattete Fall sei sofort der Organisationsleitung zu melden. Hierauf gab der Kollege Dersel den Kassenbericht. Die Einnahme betrug im 4. Quartal 1907 einschließlich des alten Bestandes von 14 672,39 29 220,09, die Ausgabe 14 621,35, bleibt ein Bestand von 14 598,74. Für Streikbeiträge sind im 4. Quartal 11 780,80 eingenommen. Die Jahreserinnahme betrug, inklusive 14 672,34 Bestand vom Jahre 1906 11 838,47, die Ausgabe 67 239,73. Der Lokalkasse verbleibt am Jahres-schluß ein Bestand von 14 598,74. Von den Einnahmen haben wir hervor: für 7382 Extrabeitragsmarken à 80 3 442,20, für 1148 à 50 3 107,40. Außerdem sind 1163 Arbeitslosen-Extramarcken ausgegeben worden. An den Zweigvereinstariffen sind 46 303,51 abgeliefert worden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 2042, hier von gehören zur Gruppe der Rauhputzer 585, Rauhputzer 392, Zementierer 285, Einfaller 332, Träger 182 und Hilfsarbeiter 266 Mitglieder. 16 Kollegen sind im Laufe des Jahres verstorben, deren Anwesen man in der üblichen Weise erte. Im Arbeitsnachweis der Section waren als arbeitslos eingetragen 3706 Kollegen, von diesen haben sich 1798 durch Umfragen selbst Arbeit gesucht, 1908 Kollegen wurde Arbeit durch den Nachweis vermittelt, darunter waren 385 Ruher, 350 Spanner, 152 Träger, 182 Zementierer, 636 Einfaller und 330 Hilfsarbeiter. Am Schluß des Jahres waren als arbeitslos eingetragen 34 Kollegen. An den Bericht des Vorstandes knüpfte sich



eine rege Diskussion. Es wurde von mehreren Kollegen beantragt, daß der Differenzentscheid unter den Zementarbeitern und vornehmlich bei den Hilfsarbeitern der Zementindustrie in der letzten Zeit immer mehr um sich greife, weil wir die Hilfsarbeiter nicht mehr in unserer Sektion aufnehmen. Diese Trennung so eng ineinander greifender Gruppen von Arbeitern in zwei Organisationen muß unbedingt bald beseitigt werden, wenn wir nicht jeden Einfluß in der Zementindustrie verlieren und die so schwer erlangten Löhne wieder zurückgehen lassen wollen. Weiter wurde angeregt, die Kollegen, die der Sektion noch Geld schulden und ihren Verbindlichkeiten nicht pünktlich nachkommen, seitens des Vorstandes härter anzufassen. Der Gesamtvorstand wurde dann einstimmig entlassen. Weiter wurde ein Antrag der Revision angenommen, dem Kassierer ein Monatsgeld von 40 und den Hilfs- 0,1 pSt. der Einnahme an ordentlichen Beiträgen und 0,2 pSt. der Einnahme an Streikbeiträgen zu gewähren. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Neuwahl der im Bureau tätigen Kollegen“, unterbreitete der Sektionsvorstand der Versammlung die Frage, ob bei der Mitgliederzahl von 2042 noch weitere zwei Kollegen angestellt werden sollen. Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion gegen wenige Stimmen, weitere zwei Kollegen zu besetzen. Wiedergewählt wurde in geheimer Wahl als Vorsitzender der Kollege Gasse mit 290 gegen 22 Stimmen, die auf den Kollegen Fritz Gasse fielen. Zum Kassierer wurde der Kollege Dersel mit 273 Stimmen gewählt. 16 Stimmgelötze wurden weiß abgegeben, und 8 Stimmen waren zerstückelt. Unter „Verordnungen“ wurde ein Antrag angenommen, wonach in Zukunft die jeweiligen Vorstandsmitglieder der Sektion, und zwar der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer, Vollmacht haben, die festgelegten Gelder auf der Leipziger Kreisparlase abzugeben. Nachdem dann noch die Wahl des Zweigvereinsvorsitzenden vorgenommen worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Darmstadt.** Die Mitglieder des hiesigen Zweigvereins nahmen am 30. März in einer von mehr als 500 Kollegen besuchten Versammlung Stellung zu den mit den Unternehmern getroffenen Verhandlungen. Kollege Delp, der an sämtlichen Unternehmungen in Frankfurt a. M. teilgenommen hatte, referierte in eingehender Weise über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe, mit besonderer Berücksichtigung der Zustände in unserem Gau. Er betonte, daß sich der ganze Verhandlungsbeitrag in allen seinen Erwägungen vom dem Gesichtspunkte leiten ließ, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise für die Haltung der Arbeiter mitbestimmend sein müsse. Man müsse geeignete Maßnahmen ergreifen, um in der gegebenen schwierigen Situation etwas für unsere Kollegen herauszubekommen. Die Vermittlungen des Verhandlungsbeitrags, auch in bezug auf Lohn und Arbeitszeit mit den Unternehmern eine die Arbeiterschaft befriedigende Einigung herbeizuführen, seien immer an dem harten Nein der Unternehmer gescheitert. Kollege Delp betonte, daß, wenn auch die Unternehmer auf den letzten Vermittlungsvorschlag der Arbeiter vom 18. März in Frankfurt a. M. nicht eingingen, doch durch die Konferenz in Berlin eine Möglichkeit geschaffen sei, eine Einigung zu hande zu bringen. Er empfahl noch folgende Resolution: „Die am 30. März im „Schützenhof“ tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins Darmstadt erklärt sich mit der Stellungnahme des Verhandlungsbeitrags in der Koblenzfrage und mit den weiteren Vorschlägen zu ihrer Durchführung im Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes vollkommen einverstanden. Die Versammlung beschloß ferner ausdrücklich, daß an folgenden Grundfragen bei den weiteren Verhandlungen unter allen Umständen festzuhalten ist: 1. Ein zehnjähriger Vertrag kann nur abgeschlossen werden und die Zustimmung der Mitglieder erhalten, wenn im zweiten Vertragsjahre eine allgemeine Lohnerhöhung erfolgt. 2. Glauben die Unternehmer, heute darauf nicht eingehen zu können, weil die Lage des Gewerbes für 1908 noch nicht zu übersehen ist, dann ist auf der vorgeschlagenen Grundlage nur ein einjähriger Vertrag abzuschließen.“ In der stürmischen Diskussion, an der sich 16 Kollegen beteiligten, gaben sämtliche Redner ihrem Unwillen über das ablehnende Verhalten der Unternehmer Ausdruck. Die hierauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab unter stürmischen Bravorufen die Ablehnung der Resolution. Im allgemeinen wird man sagen können, daß der Geist der Versammlung gut war. Ausgesprochen muß aber leider werden, daß sich einzelne Redner hinterließen, in ziemlich gehässiger Weise die Führer persönlich anzugreifen, was im Interesse unserer Sache sehr zu bedauern ist. Nachdem Kollege Hürtmann nochmals in längeren Ausführungen den Kollegen die Situation vor Augen geführt und sie ermahnt hatte, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, schloß der Vorsitzende, Kollege Schüller, die bedeutungsvolle Versammlung.

**Essfurt.** Am 29. März tagte im Fischerischen Gasthofs unsere Mitgliederversammlung. Es war die erste Versammlung, die wieder einmal sehr gut besucht war. Seit langer Zeit mußten unsere Versammlungen durch die Laubzeit und Gleichgültigkeit der Kollegen ausfallen. Deshalb konnte auch erst in dieser Versammlung der Vorstand gewählt werden. Der alte Vorstand wurde, außer den Revisionen, die neu gewählt wurden, wiedergewählt. Um den Kollegen die Beitragszahlung zu erleichtern, wurde der Kollege Albert Wölkel zum Hilfskassierer und Verreiber des „Grundstein“ gewählt. In „Verordnungen“ sprach der Kollege Hilbrandt aus Mitleid über: „Die Lage im Baugewerbe und die Pläne des Arbeitgeberverbandes“. Die Ausführungen wurden von den Kollegen gut aufgenommen. Redner erinnerte nach an seine Pflicht, den letzten Mauerer im Zweigvereinsgebiet in den Verband hineinzubringen.

**Kempten.** In der Sonntagsabend, den 23. März, abgehaltenen allgemeinen Mauererverversammlung referierte Kollege Stadler, Gaukassierer aus München, über die Auswertung der deutschen Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe. Er erörterte das Verhalten der Unternehmer und kam dann auf die jetzige Krise und die Störungen im Baugewerbe zu sprechen; er wies besonders darauf hin, wie es die Unternehmer verstehen, diese Krise und die Störungen für sich auszunutzen und den Organisationen uns auszunutzen. Ferner wies er darauf hin, wie der Arbeiter als eigentlicher Schöpfer der Werte sich in den

meisten Fällen in Sorge, Not und Elend befindet, während auf der anderen Seite Wohlstand und Ueberfluß zu verzeichnen ist. Ebenso beipflichtet Redner die Schranken der Polizei, denen die Kollegen bei Streiks und Ausperrungen ausgesetzt sind. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die sich den Ausführungen des Referenten anschlossen. Nachdem der Referent in seinem Schlusswort zur regen Agitation und zum Abonnement auf die Arbeiterpresse ermahnt hatte, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

**Kiel.** Am 1. April hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der beiden Kollegen G. Beth und Fr. Friedrichsen von der Versammlung durch Erheben von den Köpfen geehrt. Sodann wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest, wie alljährlich, in der üblichen Weise und im früheren Versammlungsortal „Englischer Garten“ zu veranstalten; eine diesbezügliche Kommission soll das Fest vorbereiten. Weiter lag ein Antrag der Sektion der Fliesenleger vor, der den Ausschluß der beiden Kollegen Dr. und Sch. und eine andere Beiratsung für die Kollegen Sch. und J. forderte. Die Kollegen haben, obgleich hier Arbeitsmangel ist, bei einem anderen Geschäftsinhaber mehrere Sonntage und Ueberstunden, einer sogar bis nachts 12 Uhr, gearbeitet. Dieses Verhalten wurde in einer längeren Diskussion von der Versammlung sehr scharf verurteilt. Der Antrag auf Ausschluß wurde zurückgezogen, dagegen sollten die ersten beiden Kollegen von dem mehr verdienten Gelde je 20 und die letzteren beiden je 10 an den Zweigverein abliefern. Wenn sie dieses bis Sonntag, den 5. April, nicht getan haben, dann sollen sie als ausgeschlossen betrachtet werden. Außerdem erhielten sie eine Marge. Hierauf wurden, da Kiel sich weiter ausgedehnt hat, zwei neue „Grundstein“-Verbreiter gewählt. In einem kurzen Schlusswort wies der Vorsitzende auf die jetzt am Orte herrschende Arbeitslosigkeit hin und ermahnte die Kollegen, jetzt mehr denn je für den Verband zu agitieren und den Unternehmern etwas mehr Mitleid zu zeigen. Nach einigen unbeeinträchtigten Mitteilungen erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

**Königsbühlte.** Den Kollegen, die nach Königsbühlte zur Arbeit kommen, wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die Sprechstunden des Zweigvereinsvorsitzenden jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags stattfinden; die Vorstandssitzungen finden jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats im Gewerkschaftslokale statt. Die Hilfskassierer und die Baudelegierten haben die Pflicht, hierzu zu erscheinen.

**Münchburg.** Daß die Zeiten, wo die Baukonjunktur nicht rosig zu nennen ist, für die Arbeiter immer etwas Nachteiliges bringen, ist hinlänglich bekannt. Nur wird in den meisten Fällen dieses von den Beteiligten selbst nicht beachtet. So auch hier. Wie es scheint, halten die hiesigen Unternehmer die Zeit für gekommen, unserer Gewerkschaft einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Zum 17. März hatte der Vorstand der Baugewerkschaft sämtliche Poliere nach Lindemanns Restaurant durch ein Mundschreiben eingeladen zwecks Gründung eines Poliervereins. Außer den Größen der Innung waren fast sämtliche Poliere erschienen. Es konnte aber zu keiner Einigung kommen, weil der vorliegende Statutenentwurf manchem doch etwas plump erschien. Eine Veränderung schien notwendig. Deshalb Vertagung bis zum 23. März. Inzwischen ist nun die Gesellschaft perfekt geworden. Montag Abend, den 30. März, hatten sich wiederum sämtliche Poliere eingefunden, rund 20 an der Zahl. Fünf Zimmerer und 15 Mauerer. Von diesen gehörten von den ersten drei, von den letzten genannten vier der Organisation nicht an. Mit zwölf gegen acht Stimmen wurde das vorliegende Statut, was aus Harburg stammen soll, in seiner ursprünglichen Fassung gutgeheißen. Daß überhaupt eine Majorität zu stande kam, ist vermerkt, da hier alle Farben, rot, blau und violett, vertreten sind. Also violett war ausschlaggebend. Aber daß der Kollege G. Mengel, der seine 14 Jahre dem Verbands angehört, und die schweren Lohnkämpfe von 1898 und 1906 mitgemacht hat, sich vor diesen Karren spannt, das ist unverständlich. Daß durch das Statut das Koalitionsrecht beschnitten ist und Streiks und Bausperren nicht unterstützt werden dürfen, ist bezeichnend für den Brod des Vereins. Wie überhaupt Kollegen, die bei Lohnkämpfen stets ein wichtiges Glied in der Bewegung bildeten, sich diesen Bestimmungen ohne weiteres unterwerfen, ist unerklärlich. Geschieht es deshalb, weil die Unternehmer sich verpflichten, nur solche Poliere zu beschäftigen, die dem Polierverein angehören? Ist vielleicht die Mäßregulierung des Kollegen Kruse nur deshalb erfolgt, um die Angstmeier ins Wodshorn zu jagen? Wie sich die, gegen die Gründung des Vereins stimmten, in Zukunft verhalten werden, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wird sich aber in kürziger Zeit herausstellen müssen, ist auch in Anbetracht der augenblicklichen Situation nicht schwer zu sagen, wenn die Entlassung bereteter Kollegen an der Tagesordnung bleibt und jüngere, zugereifte dafür eingestellt oder weiterbeschäftigt werden. Wenn nur der Polierverein erst soweit getätigt ist, daß er zur Verwirklichung unserer Organisation benutzt werden kann, wird man vor einem größeren Schritt nicht zurückweichen. Die jüngeren Kollegen mögen hierüber einmal nachdenken und zu dem Entschluß kommen, den Unternehmern nicht noch mehr Gelegenheit zu bieten, sich als Mittel zum Zweck verwenden zu lassen.

**Musau.** Am 28. März tagte unsere Monatsversammlung. Es erhielt zunächst Kollege Nam das Wort. Er erläuterte den Bericht von der Baukonferenz in Götting und ermahnte die Kollegen zum festen Zusammenhalten in der jetzigen kritischen Zeit. Außerdem wurden die Kollegen abermals an die Sperrre bei Stilllegung erinnert, damit keiner dort die Arbeit aufnimmt. Alsdann erhielt Kollege Sommer das Wort und erinnerte daran, daß schon im vorigen Jahre ein Vergnügen abgehalten werden sollte. Es wurde nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, Sonntags, den 23. Mai, ein Mauerervergnügen bei Wilmann in Lustnau abzuhalten. Kollegen, haltet fest zusammen und laßt Euch durch nichts verblüffen, denn an unserem Zusammenhalten werden alle Pläne des Unternehmerzums zerfallen. Einigkeit macht Kraft!

**Worzhelm.** (Baubericht.) Die Besserung des Geldmarktes hat ohne Zweifel auf die Bautätigkeit einen günstigen Einfluß ausgeübt. In den letzten drei Monaten sind 123 einzelne Baugesuche eingelaufen. Genehmigt sind 77; darunter 27 Neubauten. Wie sich die Bautätigkeit in den letzten fünf Jahren gestaltet, zeigt folgende Tabelle. Fertiggestellt wurden:

Jahr	Summe	Stückzahl	Stückzahl	Stückzahl	Stückzahl
1903	103	5	13	55	
1904	80	26	10	89	
1905	140	44	15	141	
1906	181	47	20	95	
1907	173	54	18	94	
1. Quartal 1908	36	12	1	15	

Im ersten Quartal 1908 sind 15 Hauptgebäude mehr fertiggestellt worden als im gleichen Zeitraum des Jahres 1907. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die meisten dieser Bauten bereits Ende des letzten Quartals 1907 angefangen wurden. Wenn auch die Zahl der Neubauten wirklich groß ist, so ist doch zu beachten, daß Bauten, worauf über 50 Mauerer beschäftigt werden, wie etwa in den Jahren 1905 und 1906, in diesem Jahre nicht vorhanden sind. Diese Tatsache kommt auch in einer Statistik zum Ausdruck, die wir am 24. und 25. März im Baugewerbegebiet (Worzhelm, Worzhelm, Entingen und Dillweissenstein) aufgenommen haben: Auf 61 Neubauten und 20 kleineren Arbeiten waren bei 31 Unternehmern 426 Mauerer beschäftigt. Von den Neubauten waren 14 im Aufschichten, 17 im Keller, 14 im ersten Stock, 2 im zweiten Stock, 2 im dritten Stock und 12 teils im Rohbau, teils im Putz fertig. In der Umgebung wird auch in diesem Jahre wieder flott gebaut, so daß es uns möglich war, circa 1500 Kollegen aus dem Bezirk Karlsruhe, wo große Arbeitslosigkeit herrscht, unterzubringen. Solange der Geschäftsgang so befriedigend ist, müssen die Kollegen auf den Bauten alles daran setzen, die Organisation nach jeder Richtung hin zu festigen. Von den 426 ermittelten Kollegen waren 57 unorganisiert, darunter 19 Deutsche. Es muß also hauptsächlich unter den Italienern agitiert werden, und wenn jeder Kollege den erblichen Willen dazu hat, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

**Merkmale der Redaktion.** Die Kollegen in den anderen Zweigvereinen mögen sich an diesem Bericht ein Beispiel nehmen. Das ist Berichterstattung, die wirklich unterrichtet, was uns gerade jetzt sehr erwünscht sein muß.

**Schwandorf.** Hier tagte am 29. März eine Mauererverversammlung, in der Kollege Engler über das Thema: „Ausperrungstatistik des Unternehmerverbandes“ referierte. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, jedoch fehlten noch circa 20 von den Mitgliedern unseres Zweigvereins. Kollege Engler referierte für seine Ausführungen, die große Begeisterung in der Versammlung hervorriefen, vielen Beifall. In der Diskussion sprachen die Kollegen Gustav Peter aus Leipzig und der Vorsitzende Schüller. Vorsitzender Schüller schloß sich den Ausführungen des Referenten Engler an, und teilte dem Kollegen Peter auf Verlangen die Stärke der christlichen Mauerer in Schwandorf mit. Mit sieben Mauerern und fünf Bauhilfsarbeitern bilden die Christen eine Zählstelle. Von den sieben Mauerern sind fünf Streikbrecher, die von unserem Zweigverein ausgeschlossen worden sind. Zum dritten Punkt verlas der Kollege Schüller die am 8. März in der Vorstandssitzung, der auch der Bauortsführer Merkel beizumohnen, gefassten Beschlüsse, die am 1. April den Baumeistern ausgehen sollten. Diese Beschlüsse wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Nachdem noch die Wahl einer Lokalkommission vollzogen war, schloß der Kollege Schüller die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Mauerer Deutschlands.

**Sonneberg.** In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 29. März referierte Kollege Schüller über: „Die Notwendigkeit der Organisation“. Er schilderte dabei in sehr trefflicher Weise die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Sodann gab der Vorsitzende den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Auch hier wurde uns der Musterarif vorgelegt, der die Grundlage der Verhandlung sein sollte. Eine Einigung wurde selbstverständlich nicht erzielt. Bezüglich der Kaiserer wollen wir uns dem Beschluß des Gewerkschaftsrates anschließen. Beschlossen wurde ferner, die Sperre über die Firma Bauer & Söhne bestehen zu lassen und die Verbandskollegen als Streikbrecher zu behandeln, die bei der Firma Arbeit annehmen. Die vier zu Streikbrechern gewordenen „Kollegen“, wurden auf Grund des § 37 b des Statuts einstimmig ausgeschlossen.

### Fliesenleger.

**Berlin.** In der Märzversammlung der Sektion der Fliesenleger fand als erster Punkt auf der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe unter Veranlassung des Fliesenlegerberufs.“ Kollege Waldborn machte hierzu folgende Ausführungen: Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe ist für die Fliesenleger sehr ungünstig, auf das lebhafteste alles das aufmerksam zu verfolgen, was sich zwischen den Verbänden der Baugeschäfte und denen der Bauarbeiter abspielt. Unverkennbar ist es die Absicht der Unternehmer, vor allen Dingen den Verband der Mauerer als den meist geschäftlichen empfindlich zu schädigen und in der gegenwärtig schlechter Konjunktur Lohn- und Arbeitskräfte durchzugeben, die wohl für die Unternehmer angenehm sind, aber für den Arbeiter Verschlechterungen bedeuten. Der Fehlschlag der vorjährigen Bewegung hier in Berlin scheint das Alarmglocken gegen uns sehr, nimmend in ganz Deutschland gegen die Mauerer vorgehen und ihnen einen sogenannten „Musterarif“ aufzuziehen. Die Verhandlungen hierüber in München, Essen und Frankfurt bewiesen auf Ge-nüge, wie schwer es ist, auf vernünftigen Wege etwas Annehm-bares zu Stande zu bringen; andererseits haben aber die Ver-



teiler unserer Organisation mit Nachdruck zu verstehen gegeben, daß sie wohl zu ethischem Handeln gerne die Hand bieten, aber auch keineswegs vor dem Raufp zurückzukehren werden, wenn der Verband der Baugeschäfte auf seinem verhöhrten Standpunkte bestanden sollte. Die Kreisversammlungen, die man hier in Berlin anwenden, den Lohn auf den Bauten um 10 % in 24 Stunden zu kürzen, werden zu keinem Tarif führen, wohl aber wird die Hungerpreisse, die jetzt geschwungen wird, endlich die Manner zum Erlasse erzwngen, dem sie sich während der neunjährigen Tarifdauer hingegeben haben. Welche Formen die geordnete Bewegung annehmen wird, läßt sich noch nicht sagen, da ja diese von einem Tarifabschluß für Berlin abhängig gemacht wird. Sowieb fest aber heute schon fest, daß auf Grund des Muttertarifs nicht verhandelt wird und eine Lohnmedrsetzung von seiten der Organisation nicht zugelassen wird. Die Sektionsstellung wird die Friesenleger über diese Untergeseßtheit formwährend an dem laufenden erhalten. Auch die Friesenlegschaft scheinen sich dem Zuge der Zeit anpassen zu wollen. In Deutschland hatten wir bisher zwei Vereinigungen von Friesenlegschaften: die „Vereinigung der Arbeitgeber im Plattengemerbe“, Sitz Essen, 67 Mitglieder, und der Verband deutscher Plattengemerkte“, Sitz Berlin, mit 60 Mitgliedern. Beide Vereine hatten am 24. Februar eine Konferenz in Berlin, in der hauptsächlich eine Vermittelung angebahnt werden sollte. Diese ist zu stande gekommen und ist der Vorstand mit der Beilegung der nöthigen Formalitäten beauftragt worden. Dieser „neue Arbeitgeberverband“ hat aber auch gleich seine Herkunftsreihe zum Ausdruck gebracht. Zuerst glaubte er, sich das Erdbeßeln der kleinen Geschafts leisten zu müssen, indem man mit den Friesenfabriken einen entsprechenden Pakt abschloß. Daß der andere Wunsch, den Friesenlegern gilt, ist selbstverständlich, und daß einführerliche Arbeitszweismformular befehle nichts anderes, als daß wir in Zukunft nicht mehr unsere Lohnbewegungen so verhältnismäßig leicht erledigen werden. Hoffen wir, daß wir aus der gegenwärtigen Situation ohne Schaden und gefährt hervorgehen. Ueber bestehende Ausführungen fand eine Diskussion nicht statt. Der Vorsitzende gab dann den Bericht über den Verlauf der Geschäftsperren bei Pfälzer und Ramin. Der Tarif sei anerkannt, jedoch leisteten in einem Falle die Kollegen auf die Nachzahlung des höheren Lohnes freiwillig Verzicht, im zweiten Falle mußten die Kollegen verzichten, da Subunternehmer die nöthigen Arbeiten zur Fertigstellung abnehmen hatten. Bei der Firma Sternberg, früher Schaffer, arbeiteten von uns circa zwölf Kollegen in Alford und entlohten die Hilfsarbeiter selbst. Da dieses aber vom Geschäft zu gefährlich hat, mußte sich die Gruppe auflösen. Dieser Umstand führte noch einmal zu einer heftigen Diskussion, deren Inhalt auf die bisherige Stellung gegenüber den Subunternehmern bezugelten ist. Hierauf erfolgte die Bekanntgabe der Bezirksleiter und Vertreter. Für den 3. Bezirk, Offen, wurden Kamjüne und Henschke gewählt. Waldheim, gab bekannt, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit schon jetzt ein ganzer Teil Kollegen weiter mauert, daß aber nach dem 1. April die Entlassungen einen noch viel größeren Umfang annehmen werden und daß aus diesem Grunde in den Sektionen anderer Städte dahin gewirkt wird, den Bezug nach hier zurück zu halten. Auch sollen die Sektionen erricht werden, wenn sich die Einstellung von Kollegen ermöglichen läßt, um dieses mitzuteilen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, sich dießhalb mit den Leitern aller Sektionen in Verbindung zu setzen.

# Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. März bis 4. April sind folgende eingegangen: Von der örlichen Verwaltung in Altona 400, Groß-Lichterfelde 200, Bries 150, Leipzig-Reudnitz 100, Hilsdorf 100, Jordan-Parabies 100, Baderick 100, Rummund, Königstein (Tausch), 100, Nauen 80, Bannfe 75, Gonsen- 67,09, Schwartz 52,02. Summa-M. 1624.11.

[illegible]

Mittona, den 4. April 1908.

**Karl Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.**

## Dom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Voreinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

**Land 855 g. a. d. W.** Ein teilweiser Baueinsturz ergab sich hier Dienstag, den 81. März. Auf dem Ehrenbergsgarten Bau, der von dem Unternehmer Schnitzel ausgeführt wird, stauten die Kollegen während des Baues (beim Abbruch) sowohl wie auch bei der Ausführung des neuen Gebäudes in einem dampf-, moderner Keller, wo sie während der Aufbaupausen Licht brennen mußten, um sich gelegentlich ins Angestrichene zu können. Vom Bordwand war oft darauf hingewiesen, daß diese Wände allen geordneten Vorkehrungen Hohn spottet, und es deshalb Pflicht der dort beschäftigten Kollegen sei, in ganz ernstem Ton dem Unternehmer zu sagen, daß er verpflichtet sei, ihnen ein menschenwürdiges Unterkommen zu schaffen. Die Kollegen wagten jedoch nicht, dem Unternehmer gegenüber ihr gutes Recht zu verlangen, und der Unternehmer selbst rügte sich nicht. So stürzte Dienstag, den 81. März, zu Uhr nach-

mittags, die Waibube aufzusuchen. Wie leicht hätte dies während der Ruhepause passiren können, und ein Massengast von circa 80 Menschen würde sehr gewiss. \* Herbedgeheft ist der Einfluss dadurch, daß das an und für sich schon schwere Gewand von früher her mit einigen Fäden Seidn beladen war und die Beiden die neuen Fäden nicht herausgeholt wurden, wodurch der Biberband der alten Mäntel, dazu kam noch die Nässe des Winters, stark beeinträchtigt wurde; alles trug dazu bei, daß das schwere Gewand aufzusuchen/zu tragen sehr beschwerlich war. Die Kollegen insofern, als ihre Sachen fast total ruiniert sind. Menschenleben find glücklicherweise nicht zu beklagen. Aber auch heute, nach diesem Einfluß, wegen die dort beschästigten Kollegen nicht, ihre Stimme zu erheben und vom Unternehmer Entschäd auf dem schnellsten Wege ein menschenwürdiges Unterkommen zu verlangen. Viel lieber scheint es ihnen zu sein, daß der eine während der Ruhepause in dieser Ecke, der andere in jener Ecke sauert, als wenn der Fruch unterm Eggelballen sitzt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Kollegen auch auf diesem Wege, die alle ziemlich schlaue sein wollen, sich nicht aus Angst der Mißthat des Unternehmers preisgeben, sondern ihre Interessen und diejenigen ihrer Familien besser vertreten; denn sonst selbst kommt der Unternehmer keinem Arbeiter entgegen.

**Siegen i. Westf.** Am 27. März wurde ein österreichischer Arbeiter auf dem Wagnbau der Strecke Winterberg-Granitzberg von niederfallenden Erdbänken vergrüßelt und gegen einen Materialwagen gepreßt. Die erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß der Unglückliche schon bei Anlegung eines Notverbandes verschied. Seit Januar ist dies der zweite tödliche Unfall an diesem Bau.

**\* Submissionen.** Die Bauleitung für den Neubau des Justizgebäudes am Volgerweg zu Hannover hatte die Ausführung der gesamten Mauerarbeiten, ausschließliche Materiallieferung, im Wege der öffentlichen Submission ausgeschrieben. Das sehr interessante Resultat ist: **H. G. Fischer, Münster: M. 177 340,78; Woburn & Endter, Hannover: M. 209 642,88; B. G. Rehmann, Hannover: M. 213 865,88; B. de Neuf, Hannover: M. 220 930,40; Brodmann & Henning, Hannover: M. 228 358,80; G. de Sören, Hannover: M. 237 104,08; A. Nine, Hannover: M. 239 472,95; W. Kister, Hannover: M. 246 779,14; Schöppe & Friede, Hannover: M. 247 117,23; G. Wegrens, Hannover: M. 259 973,76; Diecking & Eggens, Hannover: M. 261 139,43; A. Michaelis, Hannover: M. 267 949,22; Friedrich Bruns, Hannover: M. 270 645,30; G. Jahn, Hannover: M. 272 870,88; Stapelberg & Schürmer, Hannover: M. 273 133,88; G. Kewel, Hannover: M. 282 682,34; G. Wendt, Hannover: M. 298 328,63; G. Wöhring, Hannover: M. 277 098,34; R. Beplate, Hannover: M. **360 061,97.****

Aus anderen Berufen.

\* **Der nächste Gewerkschaftskongress** findet bekanntlich in der letzten Juniwoche dieses Jahres in Hamburg statt. Die Generalkommission macht nunmehr dessen provisorische Tagesordnung bekannt, auf der sogar sollen neben den üblichen Berichten folgende wichtige Fragen zur Verhandlung gestellt werden: Agitation unter den Dienstboten (Referentin S. Grünberg), die Vertretung der Nachfolgenden durch die Arbeiter-Gewerkschaftsführer vor den Gerichten (Referent S. Reiche), Die staatliche Versicherung der Privatangehörigen (Referent P. Lange), die gewerbmäßige Stellenvermittlung (Referent S. Bösch), Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel (Referent O. Ullmann), Grenzstreitigkeiten, Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland (Referent S. Mollenhuth).

\* Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission ist in Nr. 11 des „Correspondenzblattes“ erschienen. Er bietet wiederum ein Bild von sehr eifriger Tätigkeit. Wir heben daraus folgendes hervor:

„Während der Gesetzesentwurf, betreffend die Berufsvereine, geeignet war, die größte Beunruhigung der Gewerkschaften herbeizuführen, weil er in der vorgelegten Form die Gewerkschaften eventuell zu einer Aenderung ihrer Organisationsform genötigt hätte, wird das vorgeschlagene Vereinsgesetz nicht von tief einschneidender Bedeutung sein. In der vorliegenden Fassung wird der Entwurf von den Vertretern der Arbeiterklasse nicht angenommen werden können, doch war die Einleitung einer Agitation gegen das ganze Gesetz nicht erforderlich, sondern es erschien ausreichend, wenn die organisierte Arbeiterschaft gegen einzelne reaktionäre Bestimmungen des Entwurfes Protest erhob und hierzvon dem Reichstag Mitteilung machte.“

Nachdem der Bericht den reaktionären Charakter des Segenstournees gehörig gekennzeichnet hat, wendet sich zu dem internationalen sozialistischen Kongress, der im August 1907 in Stuttgart tagte. Da wir diesen Kongress bei seinem Stattfinden ausführlich gewürdigt haben, können wir an dieser Stelle übergehen, was der Bericht dazu sagt. Hervorheben wollen wir nur die folgende Bemerkung:

Es fand noch eine größere Zahl von Sitzungen mit dem Parteivorstand statt, zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung im gleichen Maße betreffen. Unter anderem wurde auch an den Beratungen über die Einigung mit den Industriellen Gewerkschaften die Generalcommission zugezogen. In allen Fällen ist eine Verständigung über die berathenen Fragen erzielt worden, und es ist zu feinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit noch, erfolgter Aussprache gekommen.

In betreff der Frage der Dienstbotenorganisation kam es zu einer Differenz mit der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Von der Vorliegenden des Nürnberger Dienstbotenvereins wurde beantragt, eine allgemeine Agitation zur Organisation der Dienstboten einzuleiten. Dieser Anregung gab die Generalkommission Folge und eruchte die Gewerkschaftsleiter, den Versuch zu machen, Dienstbotenorganisationen ins Leben zu rufen. Dies ist auch, soweit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, geschehen. Einem weiteren von Nürnberg gestellten Antrag, einen Zentralverband der Dienstboten zu gründen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen, weil erst aus den Erfahrungen, die mit den lokalen Organisationen gemacht würden, sich ergeben müßte, ob es überhaupt möglich sein wird, eine Organisation der Dienstboten-gewerkschaftlichen Charakters aus-

schaffen. Die Generalkommission sammelte die Dienstbotenordnungen der einzelnen Bundesstaaten und Landes-  
teile, um zu prüfen, ob sich unter diesen Bestimmungen eine einheitliche Organisation für ganz Deutschland wird  
durchführen lassen. Da wurde unermutet von der Ver-  
trauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutsch-  
lands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein  
Zentralverband gegründet werden sollte. Bei einer Rück-  
sprache mit der Vertrauensperson wurde darauf hingewie-  
sen, daß das Unternehmen beschränkt und eine Konferenz  
der sozialdemokratischen Frauen der allereigneste Platz  
sei, einen Zentralverband der Dienstboten ins Leben zu  
rufen. Trotzdem wurde die Konferenz am 19. November  
1907 in Berlin abgehalten und eine Kommission eingesetzt,  
welche die Vorschläge für einen Zentralverband der  
Dienstboten machen sollte. Von der Tätigkeit dieser Kom-  
mission ist bisher nichts bekannt geworden. Die Generalkommission  
war jedoch genötigt, die Frage der Dienstboten-  
organisation nicht weiter zu erörtern, weil ein Zentral-  
verband der Dienstboten ins Leben gerufen werden sollte,  
noch ehe man sich in den Gewerkschaftskreisen darüber  
einig war, ob es angängig ist, diese Arbeiterkategorie in  
einer gewerkschaftlichen Organisation zu vereinen. Aus  
dem gleichen Grunde konnte auch dem Antrag des Vereins  
der Hausangestellten Berlins, diese Organisation  
an die Generalkommission anzuschließen, nicht zu-  
gestimmt werden.

Ferner wurde der Anschluß des Verbandes der Hausierer und reisenden Händler abgelehnt, weil sie in den meisten Fällen nicht Lohnarbeiter, sondern selbstständig sind, wenn sie auch durchgängig eine viel kümmerliche Existenz als die Lohnarbeiter führen. Sind sie Lohnarbeiter, so finden sie in dem Verband der Sandlungsgehilfen und im Verband der Handels- und Transportarbeiter ihre gewerkschaftliche Vertretung. Ebenfalls wurde der Anschluß des Industriearbeiterverbandes für den Solinger Bezirk abgelehnt. Der Bericht bemerkt dazu:

„Der Industriearbeiterverband für den Solinger Bezirk hat als Mitglieder Berufsarbeiter aus der Metallindustrie. Diese können, trotz der eigenartigen Produktionsverhältnisse der Solinger Industrie, sich dem Metallarbeiterverband anschließen. Aus diesem Grunde konnten die Generalkommission und der Gewerchäftsausschuß sich nicht für den Anschluß des genannten Verbandes an die Generalkommission entscheiden.“

Das gleichschicklich erfuhr ein „Verband reisender und gereisiter habender organisierter Arbeiter“ oder „Allgemeiner Kundenverband“, der sich in München gebildet hat und den Zweck haben soll, den reisenden Gewerkschaftsmitgliedern einen Zusatz zur Reiseunterstützung zu gewähren, die sie von ihren Organisationen erhalten. In dem Bericht heißt es darüber:

„Es mag die Klage berechtigt sein, daß die von den Verbänden gewährte Unterstützung bei der Feuerung der Lebensmittel nicht immer ausreicht, dem auf der Landwirtschaft befindlichen Gemeindegemeinschaften die Befriedigung seiner Bedürfnisse zu ermöglichen. Die Gründung eines besonderen Verbandes zu dem Zweck, diese Unterstützung zu erhöhen, ist aber verfehlt. Stellt sich das Bedürfnis für Erhöhung der Reiseunterstützung heraus, so muß diese durch die gemeinshaftlichen Zentralverbände erfolgen. Der Weg ist richtiger und einfacher. Der genannte Verband kann aber auch als eine gemeinshaftliche Organisation nicht angesehen werden. Deswegen ist nicht nur der Anschließungsantrag abgelehnt, sondern der Verbandsleitung auch geraten worden, von der Aufrechterhaltung des Verbandes abzuweichen.“

An die Generalassimilation angeschlossen wurden die Verbände der Soldatinnen und der Zöglinge, nachdem eine Verbandsung mit den angeschlossenen Gewerkschaften, die als Konkurrenzorganisation gelten können, erfolgt war. Abgelehnt wurde, sich an einem von bürgerlicher Seite angeregten Arbeitertag zu beteiligen und die Gewerkschaften zur Teilnahme aufzufordern. Bemerkenswert ist noch, daß die Generalassimilation eine Erbschaft von M 15.000 gemacht hat. Erbläßier ist ein Kaufmann Viel in Düsseldorf. Die Erbschaftssumme ist nach Abzug von M 1200 Erbschaftsteuer ausbezahlt worden. Ueber die Verwendung des Geldes waren im Testament besondere Bestimmungen nicht vorgesehen.

In der Errichtung der Agitationskommissionen, die in verschiedenen Teilen Deutschlands bestehen, wo die Gewerkschaftsbewegung noch besonderer Unterstützung bedarf, und die aus den Mitteln der Generalkommission ganz oder teilweise unterhalten werden, ist während des Berichtsjahres keine wesentliche Änderung vorgenommen worden. Das Arbeitersekretariat für das Saarrevier, dessen Erhaltung die Verbände der Bergarbeiter, der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter Beiträge leisten, wird seit April 1907 vollständig aus den Mitteln der Generalkommission erhalten. Für den industriereichen Teil von Oberfranken, der zu dem Gebiete der Agitationskommission für Korbhagern gehört, ist ein Gewerkschaftsbeamter angestellt worden. Die Mittel werden aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirgs und aus Zuschüssen der beteiligten Organisationen und der Generalkommission gedeckt. Für die Bodensee-Uferstaaten (Österreich, Schweiz und Deutschland) besteht ein Informationsbureau mit dem Sitz in Konstanz, das den Zweck hat, die Organisationen in den am Bodensee liegenden Orten allmähentlich über die im Bezirk geführten Lohnbewegungen und Streiks zu unterrichten. Zur Unterhaltung dieses Bureaus tragen die Generalkommission und die Gewerkschaftskommission Österreichs jährlich je *M* 100 und das Bundeskomitee der schweizerischen Gewerkschaften *M* 60 bei. Zu gelegentlichen Agitationssturen in verschiedenen Bezirken wurden von der Generalkommission Zuschüsse geleistet. Ferner gewährte die Kommission aus Beihilfe zu den Krankenpflegen- und Gewerbegerichtsmahlen in den Orten, wo diese Mahlen von besonderer Bedeutung waren und die erforderlichen Agitationsmittel von den Gewerkschaften am Orte nicht aufgebracht werden konnten. Den zahlreichen Anforderungen, Zuschüsse zur Gründung oder Erhaltung von Arbeitersekretariaten, zur Anstellung von Gewerkschaftssekretären in einzelnen Orten und Bezirken und zum Kaufe oder zur



Wirkung von Versammlungslokalen könnte die Generalkommission nur in geringem Maße Folge geben.

Von den auf dem letzten Gewerkschaftstages beschlossenen Unterrichtsstunden sind bis zum März 1908 nicht abgehalten worden. Die Zahl der Teilnehmer schwankte zwischen 20 und 71. Ein Kursus mit 49 Teilnehmern wurde ausschließlich von Mitgliedern des Maurerverbandes besucht. Im ganzen hatten die Kurse 442 Teilnehmer. Außerdem nahmen an den meisten Kursen noch Hospitanten teil, die nur einzelne Vorträge hörten. Von den 442 Teilnehmern, entfielen der Verband der Maurer 97, Metallarbeiter 35, Transportarbeiter 34, Zimmerer 29, Bergarbeiter 25, Textilarbeiter 22, Maler 19, Bauarbeiter 15, Gemeinbediensteter 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Hafenarbeiter 10, Schmiede 10, Bäcker 9, Brauereiarbeiter 8, Gärtner 7, Schneider 7, Töpfer 6, Stuhltheater 5, Barbier 4, Buchbinder 4, Glaserarbeiter 4, Steinarbeiter 4, Hotelbediensteter 3, Guttmacher 3, Lederarbeiter 3, Maschinisten 3, Steinseher 3, Blumenarbeiter 2, Buchdruckerhilfsarbeiter 2, Handlungsgehilfen 2, Schuhmacher 2, Sattler 2, Vergolder 2, Zigarrensortierer 2, Buchdrucker 1, Dachbeder 1, Fleischer 1, Gastwirtsgehilfen 1, Hand Schuhmacher 1, Kupferschmiede 1, Lithographen 1, Müller 1, Portefeuer 1, Schiffszimmerer 1 und Wäschearbeiter 1. Außerdem entsandte das Arbeiterinnen-Komitee 2 Teilnehmerinnen und 5 Teilnehmer wurden von den Gewerkschaftsstellvertretern zur Teilnahme an den Kursen bestimmt.

In dem Abschnitt Statistik befindet sich unter anderem auch eine Kritik der sogenannten amtlichen Statistik.

Neben einer Konferenz von Vertretern der Zentralverbände fand noch eine Konferenz von Vertretern der Verbände statt, deren Mitglieder besonders unter der Heimarbeit leiden. Auch war die Teilnahme der Generalkommission an einer Reihe von Zusammenkünften zwischen einzelnen Verbandsverbänden notwendig, wo es sich um die Regelung von Grenzfreiheiten handelte. Auch tagten im Berichtsjahre 28 Generalversammlungen von Gewerkschaften, an denen, mit einer einzigen Ausnahme, Vertreter der Generalkommission teilnahmen. Zur Förderung der internationalen Verbindungen fand in Christiania die fünfte internationale Konferenz der Sekretäre von den Landeszentralen statt. Wesentliche Änderungen erfuhr die internationalen Beziehungen nicht.

Das von der Generalkommission herausgegebene „Correspondenzblatt“ erschien im Anfang des Jahres 1907 in einer Auflage von 21.800 und am Ende des Jahres in 23.600 Exemplaren (Anfang 1905: 16.400, Anfang 1906: 17.700). Von den ältesten Jahrgängen: des Jahres, die schon zu einer Seltenheit geworden sind, weil sie nur in sehr kleiner Auflage erschienen, wird ein Neudruck veranstaltet. Die Auflage des italienischen „Blattes“ „L'Operaio Italiano“, das hauptsächlich zur Agitation unter den italienischen Maurern benutzt wird, betrug Anfang 1907 12.300 Exemplare, am Ende des Jahres 16.650, in dem Sommermonat 15.800. Das deutsche „Blatt“ „Oswiata“ hatte am Ende 1906 eine Auflage von 6000 und Ende 1907 eine solche von 6562 Exemplaren.

Die Einnahmen der Generalkommission betrugen einschließlich eines Kassenbestandes von M. 254.764,96 im ganzen A. 574.943,87, die Ausgaben A. 226.710,98, so daß ein Vermögen von A. 348.232,98 verblieb. Zur Unterstützung von Streiks wurden eingenommen A. 200.254,24, ausgegeben A. 105.478,12.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 27 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Bedingungen des erneuten Aufstiegs der russischen Revolution. Von Th. Dahn. — Österreichische Kolonialpolitik. Von Sigmund Roff. — Die staatliche Versicherung und die Rettung des „neuen Mittelstandes“. Von Paul Lange (Hamburg). — Feuilleton Nr. 3: Alexander Herzen. Von F. Wehring. Die Entwidlung des Weltalls. 1. Erde und Welt. Von Anton Pannekoek. — Vom Bildungsanspruch: Eine Klassikerbibliothek für Arbeiter. — Bücherchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von A. 3,20 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution.** Von Ed. Bernstein. Verlag von F. F. W. Dieckhoff. In Stuttgart. Zweite durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. XVI und 267 Seiten. Preis broschiert M. 3,50, gebunden M. 4,—. Diese Arbeit erschien in ihrer ersten Gestalt als Teil der von Bernstein, Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzelbänden. Das Gesamtwerk ist längst vergriffen und wird als solches in neuen Auflagen nicht erscheinen, sondern in einzelne Bände beziehungsweise Ausgaben zerlegt werden, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist. Das Buch behandelt eine von unserem offiziellen Geschichtsunterricht sehr vernachlässigte und doch äußerst wichtige Zeit der Gärung, jene Zeit, in der der erstarkte Sozialismus die letzten Reste der feudalistischen Zwangsjacke von sich warf und dabei auch einen Riß nicht schonte. Die Leser lernen aus dem Buch die Triebkräfte der großen englischen Revolution kennen und gewinnen einen tiefen Einblick in das Wesen der Volkstümpe während dieser Epoche, die auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Englands einen außerordentlich großen Einfluß gehabt haben.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 7 des 25. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Naturwissenschaftliches Wunder“ und „Internationales Weltfest“ und aus dem textlichen Teil die Gedichte „Der verwandelte Dornberg“, „Märchenland“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Novelle „Liebe“ von F. Behndt. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

### Briefkasten.

**Hendsburg, J. C.** Sie steht unter „Hilfenleger“, soll es anders sein, so bitten wir um Bericht.

**Konkaj, J. R.** Der eingeleitete Bericht ist in der Hauptidee eine Klage über schlechten Veranlassungsbezug und eine Mahnung an die Kollegen, ihre Gleichgültigkeit abzugeben. Für solche Berichte haben wir aber im „Grundstein“ keinen Platz. Sind derartige Mahnungen an die Kollegen durchaus notwendig, so ist es besser, man verwendet sie zu einem kleinen Flugblatt und verteilt dieses an die Kollegen, das wirkt besser als der Abdruck im „Grundstein“, den ja doch nur die Verbandsmitglieder, also schon organisierte Kollegen, bekommen.

**Biere, G.** Die Betriebskrankenkasse ist nicht berechtigt, von der Krankenkasse eine solche in Bezug zu bringen, wie der Verband Krankenkassenvermittlung zahlt, weil der Verband keine Krankenkasse darstellt und die Mitglieder keinen Rechtsanspruch auf die vom Verband gewährte Krankenkassenversicherung haben, diese also auch nicht gesetzlich eintragen können (§ 27 f. des Verbandsstatuts). Die Betriebskasse ist zum Abzug nur berechtigt, wenn ein Mitglied außer der Betriebskrankenkasse noch einer oder mehreren freien Hilfskrankenkassen angehört.

**Dresden, 29.** Nur für diese Anzeige: 80 A.

**Dobner, R. A.** Ehrenerkennungen werden im „Grundstein“ nicht veröffentlicht.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbefahel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbände, Mitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 16 A.)

**Alzenau.** Am 1. April wurde unser Kollege **August Röhl** auf einem Neubau dem Blig erlagen. Er war 27 Jahre alt.

**Hingsburg.** Am 2. April starb unser treuer Kollege **Joseph Rascher** in Friedberg an Lungen- und Tuberkulose.

**Bernau i. d. M.** Am 1. April starb nach schwerer Krankheit unser Verbandskollege **Karl Düring** im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs.

**Stirn.** Stütz. Am 29. März starb das Mitglied **August Pauli** im Alter von 37 Jahren an der Prostatakrankheit.

**Göttingen.** Am 28. März starb unser treuer Verbandskollege **Adolf Schröder** im Alter von 49 Jahren an Lungen- und Tuberkulose.

**Grabenborn.** Am 4. April starb unser Kollege **August Winter** an Lungen- und Tuberkulose.

**Sammer.** Am 24. März starb in Springe a. D. nach längerer Krankheit unser Kollege **Wilhelm Thiele** im Alter von 35 Jahren an Lungen- und Tuberkulose.

**Ernst Meister** im Alter von 43 Jahren an Lungen- und Tuberkulose. — Am 1. April starb unser Kollege **August Diederich** im Alter von 51 Jahren an Gehirn- und Tuberkulose.

**Stiel.** Am 2. April starb der Kollege **Hermann Fabst** im Alter von 40 Jahren an Schlaganfall.

Am gleichen Tage starb auch der Verbandskollege **A. Klöckner** auf dem Bau an Schlaganfall, nachdem er kaum eine halbe Stunde gearbeitet hatte.

**Magdeburg.** Gr. D. starb im Alter von 23 Jahren nach der Kollege **Otto Hecht** im Alter von 31 Jahren an Knochenentzündung. — D. v. starb im Alter von 65 Jahren an Magenkrebs.

**Merseburg.** Am 26. März starb unser treuer Kollege **Paul Stübner** aus Hedra im Alter von 27 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**München.** Neubauern. Am 30. März starb unser Kollege **Heinrich Rottaro** im Alter von 54 Jahren durch einen Unfall. — Am 31. März starb unser Kollege **Felix Stippel**, 54 Jahre alt, an Lungenentzündung.

Am 4. April starb unser Kollege **Franz Wagnüller**, 38 Jahre alt, an Herz- und Lungenentzündung.

**Norden.** Am 28. März starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege **Christian Jakobs** im Alter von 21 Jahren an Lungenentzündung.

**Hürtenberg.** Am 2. April starb unser Verbandskollege **Nikolaus Beil** im Alter von 46 Jahren an Herzschlag.

**Schlau.** Am 22. März starb unser treuer Verbandskollege **Karl Jäger** im Alter von 52 Jahren.

**Pforzheim.** Am 28. März starb unser treuer Verbandskollege **Franz Oberst** im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.

**Hendsburg.** Am 28. März starb in der Irrenanstalt in Neudorf i. Holst. der Kollege **Kurt Niesin** aus Leipzig im Alter von 41 Jahren.

**Altena.** Am 5. April starb unser Verbandsmitglied **Elhregott Zschörig** aus Langenfeld im Alter von 48 Jahren freiwillig aus dem Leben. Schwerer und gerüttelte Familienverhältnisse waren die Ursache des Todes.

**Hohr i. Th.** Am 24. März starb unser treuer Kollege **Matthias Mäx** aus Gruß im Alter von 36 Jahren an Lungenentzündung.

**St. Johann.** Niederfischen. Am 29. März starb unser Verbandskollege **Jacob Breitmayer** im Alter von 47 Jahren an Herzschlag.

**Templin.** Am 24. März starb unser treuer Verbandskollege **Alb. Beneke** im Alter von 30 Jahren an Gelbsucht.

**Zeinin.** Am 2. April starb unser langjähriger Mitglied **August Schröder** im Alter von 54 Jahren an Lungenblut.

Ehre ihrem Andenken!

**Erfurt.** Die Wohnung des Kassierers befindet sich jetzt Alstedterstr. 59, parter.

**Hartha i. S.** Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt Hartha i. S., Döpelstr. 14, 1. Et. [80 A.]

**Stendal.** Der Kassierer ist: **Adolf Brandt**, Neuburgerstr. 10. [80 A.] Der Vorstand.

Kollegen und Zweigvereinsvorstände, die den Aufenthalt des Kollegen **Josef Kritz**, geb. am 12. Dezember 1880 zu B. b. in B. b. kennen, werden ersucht, dies an **Franz Damisch**, Zeulenroda, Schleifenreihe 1, mitzuteilen. [M. 1,20]

Der Kollege **Hugo Pfeiffer**, geb. am 15. Juni 1886 in Marktsaß, Verb.-Nr. 86.412, soll sofort seine Adresse an Christian Pfeiffer oder Georg Weich in D. b. f. h. b. zwecks wichtiger Auskünfte. [M. 1,20]

Der Kollege **Heinrich Lüttgen**, der hier bei dem Schlossmeister Klein Aland wohnt, wird in einer wichtigen Angelegenheit als Zeuge gesucht. Wer den Aufenthalt des Kollegen kennt, wird vom Unterzeichneten um Auskunft gebeten. **J. A. Fritz Weininger**, Kettnow, Mülh. 8. [M. 1,80]

Der Kollege **August Wehmeier** wird ersucht, so schnell wie möglich dem Unterzeichneten seine Adresse mitzuteilen. [90 A.] **Hermann Glur**, Grede, Dorfmußstr. 41.

Ich bitte die Vorstehenden der Sektionen der Hilfenleger, mir mittels Karte ihre Adressen recht bald zukommen zu lassen. **Herm. Waldheim**, Berlin-Schöneberg, Weiningerstr. 8. [M. 1,20]

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

**Samstag, den 11. April.**

Abends 8 Uhr bei G. Meier. Wichtige Tagesordnung. Mitglieds- und Beitragszahlung.

**Samstag, den 12. April.**

Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Mitglieds- und Beitragszahlung.

**Dienstag, den 14. April.**

Abends 8 Uhr im „Schwarzen Adler“. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung.

**Mittwoch, den 15. April.**

Abends 8 Uhr im „Mittelstr.“. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung.

**Donnerstag, den 16. April.**

Abends 8 Uhr im „Mittelstr.“. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung.

**Samstag, den 18. April.**

Abends 8 Uhr in der Herberge zur Heimat.

**Samstag, den 19. April, 1. Osterfesttag.**

Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Z. D.: Wahl eines ersten und zweiten Vorstehenden. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 12. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 14. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 16. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 18. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 12. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 14. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 16. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 18. April.**

Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Zablonska. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

**Samstag, den 20. April, 2. Osterfesttag.**

Abends 8 Uhr im Volkshaus, Köpenickerstr. 9, kleiner Saal. Z. D.: Stellungnahme zur Lohnfrage. Referat anwesender. Mitglieds- und Beitragszahlung. Wichtige Tagesordnung. Vortrag. Abrechnung. Z. D.: Bericht des Delegierten vom Montag. Sozialfrage. Mitarbeiter. Verabschiedung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.